

vom Ratsbüro genehmigt
am: 21. Sep. 2000
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der **12.** Sitzung
vom Dienstag, 12. Sep. 2000
17.00 - 19.40 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

- Vorsitz: Susanne Günter (FDP)
- Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
- Stimmzählerinnen: Verena Bucher (SP) und Gertrud Walch (SVP)
- Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 45 Mitglieder
4 Stadträte
- Entschuldigt :
- | | |
|---------------------|--------|
| Christian Hablützel | (SP) |
| Peter Happle | (SVP) |
| Leonhard Ott | (OeBS) |
| Roland Schöttle | (FDP) |
- Stadtrat Thomas Feurer
- Am Anfang der Sitzung:
- | | |
|----------------|-------|
| Raphaël Rohner | (FDP) |
| Edgar Mittler | (FDP) |
| Hans Ith | (SVP) |
- Am Schluss der Sitzung:
- | | |
|------------------|--------|
| Hanspeter Meier | (SVP) |
| Hans Peter Huber | (SVP) |
| Hansueli Alder | (OeBS) |
- Traktanden:
- 1. VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer "Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle Eintretensdebatte und Beschlussfassung** **Seite 409**
 - 2. INTERPELLATION von Peter Möller (GB) vom 13. Juni 2000 - Wahrheitsgehalt von Interpellationsbeantwortungen** **Seite 433**

PENDENTE GESCHÄFTE

- VdSR vom 29. Juni 1999 - Sportstadion Breite, Varianten Sanierung/Neubau SPK
- Vorlage des Büros des GrSR vom 7. Dez. 1999 - Erarbeitung eines Pflichtenheftes für Baukommissionen und allenfalls einer ständigen Bau-Fachkomm. SPK
- VdSR vom 7. März 2000 - Reorganisation Baureferat; Anpassung Stellenplan SPK
- VdSR vom 16. Mai 00 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH
- INTERPELLATION von Roland Schöttle (FDP) vom 20. Juni 2000 - Mutwillige Verschmutzung öffentlicher Bauwerke und techn. Anlagen, sowie privater Liegenschaften
- INTERPELLATION von Peter Kämpfer (SP) vom 20. Juni 2000 - Personalsituation bei der Stadt Schaffhausen
- VdSR vom 20. Juni 2000 - Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung SPK
- VdSR vom 4. Juli 2000 - Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli SPK
- VdSR vom 4. Juli 2000 - Preismassnahmen 2001 im Tarifverbund SH und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen SPK
- INTERPELLATION von Benno Seemüller (CVP) vom 1.07.2000 - Kampfhunde in der Stadt Schaffhausen
- INTERPELLATION von Josef Eugster (SVP) vom 7.07.2000 - Kommissionen im Bau- und Umweltreferat
- INTERPELLATION von Ernst Gründler (FDP) vom 7.07.2000 - Aktive Landpolitik
- MOTION der Fraktionsgemeinschaft FDP/SVP/CVP/EDU vom 7.07.2000 - Reorganisation der Baubewilligungsverfahren in der Stadt SH
- MOTION von Roland Schöttle (FDP) vom 7.07.2000 - Liegenschaft Kornhaus am Herrenacker
- MOTION Bea Hauser (SP) vom 15.08.00 - "Ohne Auto in die Stadt"
- INTERPELLATION Ernst Spengler (SVP) vom 15.08.00 - "Exodus" im Altersheim Steig
- INTERPELLATION Peter Neukomm (SP) vom 22.08.00 - Fusswegnetz
- MOTION Leonhard Ott (OeBS) vom 14.08.00 - "Ersatz für Stadtbildkommission"
- VdSR vom 29. Aug. 2000 - Allg. Verkaufsbedingungen 2000 (AVE 2000) - (Verordnung 2000 für die elektr. Energieabgabe und Rücklieferung) SPK
- VdSR vom 5. Sep. 2000 - SHPL Ausstieg aus dem WOV-Pilotversuch und Aufnahme des Altersheims Steig in das WOV-Pilotprojekt. GPK
- Voranschlag 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen GPK

Kleine Anfragen von

Ernst Gründler (FDP): Brandschutzkontrollen in der Stadt 22. 6.00

7/2000

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer "Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle

Die Abstimmung über das EINTRETEN erfolgt auf Antrag von A. Zollinger (SVP) unter Namensaufruf. EINTRETEN wird vom Rat mit **25 : 14 Stimmen bei 7 Enthaltungen** beschlossen.

Der Grosse Stadtrat stimmt den Anträgen des Stadtrates bzw. der Spezialkommission mit **22 : 14 Stimmen** wie folgt zu:

1. Der Grosse Stadtrat erklärt sich mit folgenden Änderungen der Nutzungsordnung einverstanden:

a) Ergänzung der Bauordnung der Stadt Schaffhausen vom 29. Oktober 1996

Art. 32

Zonenarten

1. Das Gebiet der Stadt Schaffhausen wird durch den Zonenplan wie folgt eingeteilt:

.....
m) W	Wald
n) RSG	Reitsportzone Griesbach

Art. 54 a (neu)

Reitsportzone Griesbach

- 1 Die Reitsportzone Griesbach ist bestimmt für die erforderlichen Bauten und Anlagen im Interesse des Reitsportes und umfasst das Areal der bestehenden Reitsportanlage auf dem Griesbach.**
- 2 Als Anlage im Interesse des Reitsportes gilt ein Reitstadion als Wiesen- oder Sandplatz mit den erforderlichen Nebeneinrichtungen wie Tribünen, chaussierte Parkplätze und dergleichen.**
- 3 Zur Erstellung einer Reithalle samt An- und Nebenbauten wird innerhalb der Reitsportzone Griesbach ein nördlich an das Reitstadion angrenzender Baubereich von 66.40 x 37.80 m ausgeschieden. Die Traufhöhe ist begrenzt bei 8.35 m, die Firsthöhe bei 12.87 m und die Oblichhöhe bei 14.50 m, gemessen ab Hallenboden. Die Reithalle hat sich gut in das Landschaftsbild einzuordnen.**
- 4 Grossveranstaltungen ausserhalb des Reitsportes richten sich nach einem Nutzungskonzept, das vom Stadtrat genehmigt werden muss.**
- 5 Die vertraglich festgelegten NutzerInnen der Reitsportzone Griesbach tragen die Kosten für die ausreichende Erschliessung.**

b) Ergänzung des Zonenplans vom 1. Juni 1982:

Der Zonenplan der Stadt Schaffhausen vom 1. Juni 1982 wird wie folgt ergänzt (vgl. Planbeilage):

Umzonung einer Teilfläche von ca. 22'800 m² von GB Nr. 3963 Griesbach von der Landwirtschaftszone in die 'Reitsportzone Griesbach'.

2. Der Beschluss unter Ziff. 1 wird der Einwohnergemeinde zur Abstimmung unterbreitet.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 INTERPELLATION von Peter Möller (GB) vom 13. Juni 2000 - Wahrheitsgehalt von Interpellationsbeantwortungen

Die Interpellation wird begründet, durch Stadtrat Werner Widmer beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Susanne Günter eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Mitteilungen:

➤ "Henkermöhli" GrSR Dienstag, 19. Sep. 2000

Die Ratspräsidentin erinnert an die Einladung des Stadtrates zur tradit. Waldbegehung. Treffpunkt: 14.00 Uhr im Bushof SH. Abmeldungen bis 15. Sep. 2000 an Hansp. Pletscher, Stadtratsweibel.

➤ Ankündigung Doppelsitzung Dienstag, 7. November 2000 -

Angesichts der Fülle der zu behandelnden Geschäfte schlägt das Büro vor, die Ratssitzung vom 7. November 2000 als Doppelsitzung zu führen. Beginn: 16.00 Uhr, Pause: 18.00 - 19.00 Uhr, Sitzungsende ca. 21.00 Uhr.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Um eine effiziente Sitzung am 7. Nov. 2000 zu gewährleisten, sollen an der Ratssitzung vom 26. September folgende Vorstösse begründet werden:

- MOTION der Fraktionsgemeinschaft FDP/SVP/CVP/EDU vom 7.07.2000 -
Reorganisation der Baubewilligungsverfahren in der Stadt SH
- MOTION Leonhard Ott (OeBS) vom 14.08.00 - "Ersatz für Stadtbildkommission"
- INTERPELLATION von Josef Eugster (SVP) vom 7.07.2000 -
Kommissionen im Bau- und Umweltreferat
Dieser Vorstoss wurde nicht explizit erwähnt, er tangiert jedoch auch die Motion von L. Ott.
- MOTION Bea Hauser (SP) vom 15.08.00 - "Ohne Auto in die Stadt"

Durch diese - vorgezogenen - Begründungen erhalten die zuständigen Referenten die Möglichkeit, die Antworten auf den 7. Nov. 2000 vorzubereiten.

NEU EINGEGANGENE GESCHÄFTE SEIT DER LETZTEN SITZUNG:

- Nachdem der Grosse Rat am 4. Sep. den Kredit von 50'000 Franken für das Projekt "heroingestützte Behandlung in der Stadt SH" genehmigt hat, kann das Geschäft "**VdSR vom 16. Mai 00 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH**" vorberaten werden. Das Büro schlägt die Bildung einer 13-er SPK vor. Einladende Partei ist die SP. Kein Gegenantrag - so beschlossen.
Zusammensetzung der SPK:
SP: Bea Hauser, Urs Tanner, Christian Hablützel, Mark Stutz
FDP/CVP: Theres Brambrink, Thomas Hauser, Jakob Deppe, Theresia Derksen
OeBS/EVP/JPS/GB: Iren Eichenberger, Annina Keller, Marlise Stöckli
SVP/EDU: Hans Peter Huber, Alfred Zollinger

Der Termin für die erste Sitzung kann infolge Ferienabwesenheit des zuständigen Referenten noch nicht genannt werden.

- **VdSR vom 29. Aug. 2000 - Allg. Verkaufsbedingungen 2000 (AVE 2000) - (Verordnung 2000 für die elektr. Energieabgabe und Rücklieferung)**
Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft in einer 13-er SPK vorberaten zu lassen.
Einladende Partei ist die OeBS. Kein Gegenantrag - so beschlossen.
Zusammensetzung der SPK:
SP: Andres Bächtold, Peter Kämpfer, Christian Hablützel, Wilhelm Hefti
FDP/CVP: Roland Schöttle, Edgar Mittler, Andi Tenger, Herbert Distel
OeBS/EVP/JPS/GB: Leonhard Ott, Hansueli Alder, Alfons Cadario
SVP/EDU: Alfred Zollinger, Josef Eugster
Der Termin für die erste Sitzung kann noch nicht genannt werden.
- **VdSR vom 5. Sep. 2000 - SHPL Ausstieg aus dem WOV-Pilotversuch und Aufnahme des Altersheims Steig in das WOV-Pilotprojekt.**
Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft in der GPK vorberaten zu lassen.
Kein Gegenantrag - so beschlossen.
- **Botschaft des Stadtrates vom 12. Sep. 2000 zum Voranschlag 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen + Massnahmenplan 2000 des SR**
(Usanzgemäss berät die GPK den Voranschlag. Die EINTRETENS-Sitzung findet am Donnerstag, 14. Sep. 2000 um 18.00 Uhr statt.)

Verhandlungsbereit sind folgende Geschäfte gemeldet worden:

- *VdSR vom 4. Juli 2000 - Preismassnahmen 2001 im Tarifverbund SH und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen*
- *VdSR vom 4. Juli 2000 - Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli*

Diese Geschäfte werden auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

- *VdSR vom 7. März 2000 - Reorganisation Baureferat; Anpassung Stellenplan*

Dieses Geschäft wird auf die Traktandenliste vom 7. November gesetzt.

Vom SR mit Datum vom 5. September 2000 beantwortet wurde die **KLEINE ANFRAGE** von Peter Neukomm (SP): **Umweltbelastung durch das Krematorium?** vom 18.7.00 Lauf-Nr. 9/2000

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 11 vom 29. August 2000 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von
Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer
"Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle
(Fortsetzung der Eintretensdebatte und Beschlussfassung)**

Hans Peter Huber (SVP) Fraktionserklärung SVP *

"Der Reitverein Schaffhausen und die Genossenschaft Pferdesporttage Schaffhausen wollen auf dem Griesbachareal eine Reithalle und einen allwettertauglichen Aussenplatz erstellen. Der Reitverein Schaffhausen mit ca. 390 Mitgliedern, davon 41 Aktive, sucht nun schon seit Jahren nach einem optimalen Standort für eine Reithalle.

Entgegen verschiedener Aussagen war und ist der Griesbach der stets favorisierte Standort des Reitvereins Schaffhausen für eine Reithalle. Alternative Standorte wurden im Jahr 1998 aufgrund des Neins des Stadtrates gesucht und geprüft. Der aus dieser Aktion resultierende Standort im Merishausertal war derjenige, der die meisten, jedoch bei weitem nicht alle Bedürfnisse des Reitvereins abdeckte. Für diesen Standort stehen fast fertige Pläne für die Realisierung einer Reithalle zur Verfügung; dies entgegen der Bemerkung von Herrn Egli, dass alternative Standorte zu wenig geprüft wurden. Abgelehnt hat der Reitverein diesen Standort nur deshalb nicht, weil es zu jenem Zeitpunkt der einzig mögliche Standort war. Der Reitverein hat immer wieder festgehalten, dass der Griesbach am besten geeignet ist, musste sich jedoch dem negativen Entscheid des Stadtrates fügen.

Um so mehr haben sich die beiden Institutionen - Genossenschaft und Reitverein - gefreut, als während der Detailplanung zum Standort Merishausertal der Stadtrat auf den Standort Griesbach zurückgekommen ist, da man gemeinsam festgestellt hat, dass der Griesbach als Standort für eine Reithalle die idealste Variante ist und mit dem bestehenden Stadion wertvolle Synergien schaffen würde.

Der Reitverein könnte das ganze Jahr die Reithalle für seine Bedürfnisse nutzen. Die Genossenschaft Pferdesporttage könnte die Reithalle und deren Infrastruktur während den Veranstaltungen ideal nutzen. Zur Zeit muss die Infrastruktur für die nationale Veranstaltung gemietet, aufgebaut und wieder abgebaut werden. Wasser muss mit einer Zisterne geführt werden. Nach der längst überfälligen Erschliessung des Areals mit Wasser, Strom und Kanalisation könnten also die Interessen der Pferdesporttage Schaffhausen und diejenigen des Reitvereins Schaffhausen sehr gut miteinander verbunden werden.

Der RVS hat ein eindeutiges Nutzungskonzept vorgelegt und weist klar darauf hin, dass eine Vermietung der Anlage an Dritte nicht in Frage kommt, und die jetzigen Mitbenützer des Griesbachgeländes wie Hornusser, Modellfluggruppe, Trans Randenlauf, Pfadfinder usw. die Möglichkeit erhielten, die neue Infrastruktur zu nutzen.

Im Nutzungskonzept wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Anlage nicht für Grossanlässe wie z.B. Open Air-Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Der Reitverein und die Genossenschaft erhielten von Anfang an vom Stadtrat die Auflage, mit den Institutionen, die von diesem Projekt tangiert werden, zusammenzuarbeiten. In der Planungsphase versuchte man jeweils, je einen Vertreter der verschiedenen Interessengebiete mit einzubeziehen. So wurden Gespräche mit dem Quartierverein Breite sowie dem WWF geführt, was zu sehr konstruktiven Ansätzen führte. So kam vom Quartierverein Breite anlässlich einer Sitzung der Vorschlag zur möglichen polyvalenten Nutzung (Sport und z.B. Quartiersversammlung) und zur Integration von Duschen und Garderoben in der Reithalle. Klar kam aber auch von dieser Seite die Forderung nach Nutzungsbeschränkung und Verkehrsberuhigung, dem im abgegebenen Konzept nach meiner Ansicht Rechnung getragen wird. Ebenfalls soll auf dem Dach der Reithalle ein Solarkraftwerk der Firma Etawatt entstehen. Einen idealeren Standort dazu gibt es in der Stadt Schaffhausen wohl kaum.

Meines Wissens wurde die Pro Natura am 20. Dezember 1999 zusammen mit der Randenvereinigung, den "Schaffhauser Wanderwegen" und dem WWF zu einer Orientierung eingeladen, an der das definitive Projekt vorgestellt wurde. Da der WWF bereits einmal informiert wurde, hat sich dieser entschuldigt. Anlässlich dieser Sitzung wurde um eine schriftliche Stellungnahme gebeten. Leider nutzte die Pro Natura meines Wissens dieses Mittel nicht.

Weshalb eine "Reitsportzone Griesbach"? Es geht nicht nur um den Bau einer Reithalle. Vielmehr muss das bereits bestehende Stadion in eine rechtliche Form gebracht werden, so dass bestehende Bauten ebenfalls eine rechtliche Grundlage bekommen und deren Fortbestand gesichert wird. Weiter ist eine Reitsportzone auf dem Griesbach nicht die erste Zone dieser Art in der Schweiz. So wurde zum Beispiel im letzten Jahr in Avenches das IENA eröffnet (Institut equestre national Avenches. Ein nationales Pferdesportzentrum mit einer Gesamtfläche von 150 Hektaren. Das ganze Land befand sich in der Landwirtschaftszone und war im Besitz des Bundes. Dieser hat das Land in eine Pferdesportzone umgewandelt. Im ganzen Gebiet wurden spezielle Zonen ausgeschieden für Hochbauten. Ein solches Novum ist das Vorhaben auf dem Griesbach also nicht. Neben der Grösse gibt es jedoch noch einen weiteren Unterschied. Im Gegensatz zum IENA wird auf dem Griesbach *kein* kommerzieller Zweck verfolgt. Ich stimme mit der Ansicht von Kollege Egli überein, dass eine Reithalle durchaus eine kommerzielle Nutzung zulassen könnte, nicht jedoch auf dem Griesbach. So wird doch die ganze Anlage durch eine Stiftung realisiert. In keinen Statuten, weder in denjenigen der Stiftung noch in jenen der Genossenschaft oder des Reitvereins, finden Sie einen kommerziellen Zweck. Im Gegensatz zu anderen Standorten in der Stadt - z.B. Merishausertal - kann auf dem Griesbach auf zusätzliche Grossveranstaltungen zum Erhalt der Anlage verzichtet werden.

Weshalb soll denn eine Reithalle ausgerechnet auf dem Griesbach zu stehen kommen? Der Reitverein benötigt eine Halle, um seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, resp. den Sinn und Zweck des Vereins zu erfüllen. Selbstverständlich kann eine solche Halle auch an einem anderen Ort stehen. Damit verschwindet aber vielleicht der Griesbach aus der Schaffhauser Geschichte.

Denn von einem anderen Standort aus wird der Reitverein nicht mehr auf dem Griesbach präsent sein, und die Mitglieder werden nicht mehr den Reitsport im bisherigen Rahmen mitgestalten. Mit dem Bau eines neuen innovativen Reitsportzentrums liesse sich dies vermeiden. Wo soll denn nach Ihrer Meinung, Kollege Egli, ein solch neues innovatives Reitsportzentrum in der Stadt Schaffhausen entstehen, das nur annähernd an die Möglichkeiten des Griesbachs herankommt? Sie werden nirgends in der Stadt Schaffhausen eine solche Fläche finden; schon gar nicht, wenn diese in ein multisportives Zentrum integriert werden sollte. Dies ist kaum möglich, denn Reiten und Fussball oder Leichtathletik auf derselben Fläche ist nicht möglich.

Mit dem Griesbach haben wir in der Schweiz ein sehr bekanntes Stadion, das mit dem Bau einer Halle an Attraktivität gewinnen würde. Die Halle ist so in die Anlage integriert, dass sie während den Veranstaltungen als Festwirtschaft und die Reitbahn als Abreitplatz - der Platz auf dem die Pferde für das Turnier vorbereitet werden - genutzt werden kann und damit mit dem Stadion eine geschlossene Einheit bildet. Die Halle kommt nicht auf genutztem Land zu stehen und nimmt damit keine Fläche weg, die für andere Zwecke vorgesehen ist. Und sollte es tatsächlich wieder einmal schneien, kann die Veranstaltung trotzdem weitergeführt werden. Der Griesbach genießt hohes Ansehen in der nationalen und regionalen Pferdesportszene. Wir müssen für die Stadt Schaffhausen dieses Ansehen erhalten und hoffen, dass der Griesbach auch weiterhin zu den wichtigen Reitsportstadien der Schweiz gehören wird. Für den Erhalt der Anlage, die Fortführung der traditionsreichen nationalen und regionalen Pferdesporttage und die zukünftige Existenz des Reitvereins Schaffhausen ist der Standort Griesbach bezüglich Reithalle die einzige Lösung.

Es liegt ein klares Nutzungs- und Finanzierungskonzept vor. Zum Nutzungskonzept ist zu sagen, dass mit den 20 - 30 Transportern pro Tag die obere Grenze angesagt ist. Die Zahl stammt von einer Zählung, die in der verkehrstechnisch besser gelegenen Reithalle in Thayngen im Januar 1999 gemacht wurde. Dort waren während des ganzen Monats 600 Pferde in der Reithalle. Geht man davon aus, dass jeder Reiter/jede Reiterin mit einem Transporter mit einem Pferd auf den Griesbach fahren würde, wären das ca. 20 Transporter. Zur Zählung muss man sagen, dass der Januar 99 in der Reithalle der am stärksten frequentierte Monat war. In dieser Zahl enthalten sind ebenfalls die Pferde von zwei kleinen Veranstaltungen. Damit dürfte sich die Mehrbelastung in Grenzen halten und wird, wenn sie den jetzigen Betrieb auf dem Griesbach anschauen, kaum auffallen. Dass die Finanzierung zum jetzigen Zeitpunkt schon gesichert ist, können wir von den Initianten nicht verlangen. Die Investoren wollen zuerst ein Ja vom Grossen Stadtrat oder sogar vom Volk sehen, bevor sie Geld für dieses Projekt zusichern.

Die "Nationalen Pferdesporttage Schaffhausen" sind vermutlich das grösste alljährlich wiederkehrende Sportereignis im Kanton Schaffhausen. Über mehrere Jahre wurde die Veranstaltung von den EM-, WM-, Olympia- und ElitekaderreiterInnen als die beliebteste, auf höchstem Niveau aller nationalen Pferdesportveranstaltungen figurierend, bezeichnet. Dies vor allem wegen der von den ReiterInnen sehr geschätzten Organisation. Nun ist es leider so, dass der Springplatz den heutigen Anforderungen in keiner Weise mehr entspricht. Eine Sanierung ist somit für den Fortbestand der "Nationalen Pferdesporttage Schaffhausen" unumgänglich.

Würde die Veranstaltung für ein oder mehrere Jahre ausfallen, wäre es kaum möglich, am heutigen Stand wieder anknüpfen zu können - Verlust Sponsoren, Qualifikationen für Meisterschaften etc..

Die Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan wird dem Stimmvolk vorgelegt. Damit wird sich auch die Akzeptanz in der Bevölkerung zeigen.

Wenn wir die Zukunft des Reitsports in naher und ferner Zukunft positiv mitbestimmen wollen, müssen wir der Vorlage zustimmen.

Die SVP-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen."

Peter Möller (GB)

Votum *

"Vor 14 Tagen ist es dem Vizepräsidenten der Genossenschaft "Nationale Pferdesporttage" in diesem Rat fast schlecht geworden. Dies vor allem, weil mein Ratskollege Bernhard Egli erklärt hat, dass die Bindung zum Griesbach vor allem der jüngeren Reiterinnen und Reiter nicht oder kaum vorhanden sei. Ich bedaure, dass wohl auch mein Votum seinem Wohlbefinden kaum zuträglich sein wird. Doch ist nach dem Artikel in den "Schaffhauser Nachrichten" von letztem Samstag immerhin eine Aussage des Präsidenten des Reitvereins zu zitieren: *"Der Reitverein ist nicht auf den Platz angewiesen (die Rede ist vom Griesbach). Wenn wir auf dem Griesbach keine Halle bauen können, haben wir kein Interesse, die Genossenschaft weiterhin zu unterstützen und keinesfalls an der Realisierung eines Allwetterplatzes."* Ende Zitat. Hieraus nun eine starke Bindung der Mitglieder des Reitvereins an den Griesbach abzuleiten, scheint mir doch sehr gewagt.

Doch nun zur Sache. Gestatten Sie mir, zu Beginn kurz aus dem Protokoll der Spezialkommission zu zitieren: *"Es wurde von Anfang an gesagt, dass die Vorlage und der Antrag des Stadtrates auf wackeligen Füßen stehen. Die Frage der Standortgebundenheit ist umstritten. Durch Einschlagen dieses Weges begeben wir uns auf eine schmale Gratwanderung."* Diese Einschätzung der rechtlichen Lage stammt übrigens nicht von einem Gegner der Vorlage, sondern vom Chef des städtischen Planungsbüros. Ich könnte es mir nun einfach machen und sagen, Vorlagen, welche auf wackeligen Füßen stehen, sind abzulehnen, vor allem bevor mit einer Volksabstimmung noch grösserer Aufwand getrieben wird. Ausserdem sollten sich Exekutive und Legislative nicht auf Wanderungen auf schmalen Gräten begeben, das würde besser einer erfahrenen Bergseilschaft überlassen. Es liegt mir aber sehr daran, Ihnen die rechtliche Lage im Zusammenhang mit dieser Vorlage darzustellen. Schliesslich möchte ich nicht, dass Sie hier und heute Entscheide treffen in Unkenntnis der rechtlichen Situation. Es gilt doch zu vermeiden, dass Sie - nicht wie schon die SPK - eine rechtlich unhaltbare Zonenplanänderung beschliessen.

Darum komme ich nicht umhin, Sie doch mit ein wenig längeren Ausführungen zur rechtlichen Lage zu behelligen, da - wie ich Ihnen aufzeigen werde - die rechtliche Zulässigkeit des Vorschlages des Stadtrates eben nicht nur umstritten ist, sondern klar abzulehnen ist; dies aus folgenden Gründen:

Anlass für die Vorlage ist die Planung einer Baute in der - heute noch - Landwirtschaftszone, wo das Bauen nur unter restriktiven Bedingungen zulässig ist. Hierfür und nur hierfür soll nun der Zonenplan geändert werden.

Dies weil das kantonale Baudepartement am 14. April 1994 das Gesuch um eine Ausnahmegewilligung gemäss Art. 24 Abs. 1 RPG abgewiesen hat, da hierfür die Voraussetzungen - ich gehe davon aus, dass es sich um die Standortgebundenheit handelte - nicht erfüllt seien.

Der Begriff der Standortgebundenheit stammt aus dem Raumplanungsrecht und bedeutet nichts anderes, als dass eine Baute an einem bestimmten Standort gebaut werden muss, da sie sonst ihren Sinn verliert. Man denke in diesem Zusammenhang z.B. an die Bergstation einer Seilbahn, die in einer bestehenden Bauzone im Tal unten keinen Sinn macht, oder an eine Antennenanlage, die - damit sie Signale empfangen und weiterleiten kann - nur an einer exponierten Lage ausserhalb der Bauzone erstellt werden kann.

In der Vorlage wird nun mit dem Begriff der negativen Standortgebundenheit argumentiert. Diese liegt nach Lehre und Rechtsprechung vor, wenn die Lokalisierung einer Baute oder Anlage in einer Bauzone wegen der von ihr ausgehenden Auswirkungen, vor allem der Umweltbelastungen, als nicht sinnvoll erscheint, z.B. Schiessanlagen, Abfalldeponien etc., nicht aber z.B. eine Schweinezucht, die gehört in die Gewerbezone, ebenso eine Reithalle.

Im vorliegenden Fall geht es somit nicht um eine Frage der negativen Standortgebundenheit! Eine Reithalle kann ohne weiteres in einem Gewerbegebiet gebaut werden. Der Begriff der negativen Standortgebundenheit hat im Zusammenhang mit der Reithalle resp. Reitsportzone Griesbach nichts zu suchen. Dies wird in der Vorlage selbst auch zugestanden, indem auf S. 3, 2. Absatz am Schluss ausgeführt wird, Zitat: *"Dies setzt jedoch voraus, dass die Nähe zur bestehenden Reitsportanlage Griesbach ausdrücklich gesucht und politisch erwünscht ist, was wiederum eine positive Standortgebundenheit ergibt."*

Fällt nun also die negative Standortgebundenheit weg, muss geprüft werden, ob die positive Standortgebundenheit gegeben ist. Denn diese ist auch notwendig, wenn - wie vorgesehen - der Bau mit einer Zonenplanänderung ermöglicht werden soll. Wobei sich da schon auch die Frage stellen könnte, ob denn dies überhaupt zulässig ist. Grundsätzlich kann das bejaht werden, denn auch zonenfremde Einzelvorhaben dürfen mit dem Zonenplanverfahren verwirklicht werden, auch wenn sie nach der Rechtsprechung nicht nutzungsplanpflichtig wären. Solange damit keine gesetzeswidrigen Kleinbau- oder Briefmarkenzonen geschaffen werden, ist gegen ein solches Vorgehen nichts einzuwenden. Die projektbezogene Nutzungszone muss aber die materiellen d.h. inhaltlichen Anforderungen von Art. 24 Abs. 1 RPG (der betrifft die Ausnahmegewilligung) sachlich erfüllen, ansonsten liegt eine Gesetzesumgehung vor. Nur zur Erinnerung: Der Kanton hat vor sechs Jahren die Ausnahmegewilligung abgelehnt.

Also bleibt rechtlich die zentrale Frage: Ist die Reitsporthalle standortgebunden? Sie ist es klar nicht, denn die bisherigen Veranstaltungen auf dem Griesbach können auch ohne Halle auf einem sanierten Platz - wenn auch mit etwas mehr Aufwand - durchgeführt werden. Oder mit anderen Worten, die nationalen Pferdesporttage - die "nota bene" einmal im Jahr stattfinden - benötigen für ihre Durchführung keine Halle. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass der Reitverein die Reithalle eigentlich schon einmal in der Gewerbezone bauen wollte, die Stadt das Land dann aber nicht zur Verfügung stellte.

Unter diesen Umständen erscheint mir das Vorgehen des Stadtrates, die Standortgebundenheit der Halle auf dem Griesbach zu bejahen, schon beinahe als tollkühn, oder - negativ ausgedrückt - schlichtweg als fahrlässig und irreführend.

Der Schwenker des Kantons in dieser Frage ist für mich schwer nachvollziehbar. Ich kann ihn mir nur so erklären, dass beim Entscheid über die Ausnahmegewilligung juristisch und bei der Empfehlung zur Schaffung einer Spezialbauzone politisch gedacht wurde. Diese politische Denkweise setzte sich dann im Stadtrat fort. Was meine ich mit politischer Denkweise? Es geht doch darum, dass keine Exekutive am Ende den schwarzen Peter in der Hand halten und als Verhinderer des Baus dastehen wollte. Daher wurde der Entscheid weitergereicht. Nun liegt er bei uns. Wenn wir zustimmen, wird er dem Volk weitergereicht. Wenn der Souverän zustimmt, werden es die Naturschutzverbände sein, die unter Beschreiten des Rechtswegen für die Einhaltung der geltenden Gesetze sorgen müssen. Der schwarze Peter wird dann bei ihnen und den Gerichten liegen und das Ziel der politischen Denkweise ist erreicht. Doch zu welchem Preis? Eine unnötige Volksabstimmung wurde durchgeführt. Es werden Gerichts- und Anwaltskosten in nicht unerheblichem Ausmass angefallen sein, und die notwendige Sanierung des Reitplatzes kann während der Dauer der Verfahren nicht an die Hand genommen werden und ist so auf Jahre blockiert.

Wollen Sie das?

Denn selbst im Fall, wenn die Standortgebundenheit bejaht werden könnte, ist noch eine umfassende Interessenabwägung vorzunehmen. Dabei sind öffentliche und private Interessen miteinzubeziehen und insbesondere auch die Ziele und Grundsätze der Raumplanung zu berücksichtigen.

Die Rechtsprechung des Bundesgerichts betrachtet es als zentrales Anliegen der eidgenössischen Raumplanungsgesetzgebung, die Siedlungstätigkeit in Bauzonen zusammen zu fassen und die Streubauweise für nicht freilandgebundene Bauten zu verhindern. Kleinbau- oder Briefmarkenzonen erscheinen im Blick auf diese Zielsetzung nicht nur als unzweckmässig, sondern grundsätzlich als gesetzeswidrig. Eine einzelfallweise Einzonung widerspricht überdies dem Prinzip der gesamthaften Betrachtung der Ortsplanung. Und vorliegend geht es um eine völlig isolierte Einzonung einer Kleinzone, welche rund 500 Meter von der nächsten Bauzone entfernt ist.

Das steht den Zielen der Raumplanung völlig entgegen und ich möchte da auch einer Sünde der Vergangenheit - ich spreche von der isolierten Bauzone im Freien - nicht nochmals eine hinzufügen oder mit dem Kanton Thurgau gleichziehen, der auch - sofern es sich beim Bauwilligen um einen Millionär handelt - keine Probleme damit hat, in Missachtung der gesetzlichen Vorschriften einzelne Flecken in der Landwirtschaftszone zu Bauzonen zu machen. Dazu kommt, dass auch die Anforderungen gemäss NHG zu berücksichtigen sind, da das Gebiet im BLN (Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung) aufgenommen ist. Nach Art. 6. Abs. 2 NHG darf in diesem Fall von der ungeschmälerten Erhaltung des Gebiets nur abgewichen werden, wenn ihr bestimmte gleich- und höherwertige Interessen entgegenstehen. Diese Interessen sehe ich nun aber gar nicht, zumal die nationalen Pferdesporttage eben nicht auf diese Halle angewiesen sind.

Fazit: Die rechtliche Situation ist nicht unklar, sondern klar, die Schaffung einer Reitsportzone Griesbach ist auch aus rechtlicher Sicht abzulehnen, weil

- die Halle nicht standortgebunden ist
- die isolierte Einzonung dem Gesetz widerspricht
- der Einzonung überwiegende raumplanerische und naturschützerische Interessen entgegenstehen

Dazu kommt noch, dass die Zufahrt zur Halle durch das besonders geschützte engere Randenschutzgebiet erfolgen muss, was auch klarerweise gegen die Einzonung spricht. Denn dass es zu einem Mehrverkehr kommen wird, falls auf dem Griesbach dann einmal eine Halle steht, wird wohl niemand ernsthaft bestreiten wollen.

Die Stadt und mit ihr die Einwohnergemeinde Schaffhausen hat in letzter Zeit - so würde ich sagen - in rechtlichen Auseinandersetzungen meist eher das 2 auf dem Rücken gehabt. Das muss doch nicht zur lieben Gewohnheit werden. Deshalb fordere ich Sie auf - ich hätte mir nie träumen lassen, dass ausgerechnet ich als Vertreter des Grünen Bündnisses so etwas in diesem Rat sagen muss - achten Sie die gültigen Gesetze, treten Sie für die Durchsetzung von Recht und Ordnung - nicht nur bei "mutwilligen Verschmutzungen" - sondern auch in diesem Fall ein und unterstützen Sie unseren Nichteintretensantrag.

Die Genossenschaft "Nationale Pferdesporttage" würde gut daran tun, nicht jahrelang auf die davon flatternde Taube auf dem Dach - sprich den Hallenbau - zu warten, sondern den Spatz in der Hand zu ergreifen und möglichst bald mit der Sanierung des Platzes zu beginnen. Nur dies ist ein erfolgversprechendes und auch von unserer Seite unbestrittenes Vorhaben, welches zudem keine Zonenplanänderung bedingt."

Dieter Amsler (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Grossstadtrat Bächtold hat Sie an der letzten Ratssitzung in seiner gewohnt ausführlichen Art über alle Details dieser drei Kommissionssitzungen informiert. Ich möchte ihm heute zu allererst für seine Arbeit als Kommissions-Präsident danken. Er hatte zu jeder Zeit die Übersicht, auch dann, wenn die Diskussionen etwas hitzig ausfielen. Den Experten Albert Tanner und Urs Staub möchte ich ebenfalls den Dank unserer Fraktion aussprechen. Diese zwei Herren haben uns mit grossem Einsatz, ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten in dieser Kommission zu jeder Zeit unterstützt. Der Protokollführerin Alice Riedel sei gedankt für ihre ausführlichen und wortgetreuen Protokolle, und "last but not least" gedankt sei dem Baureferenten Kurt Schönberger für seine Arbeit und seinen Input in dieser Angelegenheit.

Die Vorlage, wir wussten es, würde ihre Kontroversen und Spannungsfelder haben. Auf der einen Seite müssen wir uns mit Naturschutz, Verkehr und dem Gesetz auseinandersetzen und auf der anderen Seite beschäftigen wir uns mit Sport. Das sind Spannungsfelder, welche - wenn miteinander in Verbindung gebracht - oft das Heu nicht auf derselben Bühne oder im gleichen Pferdestall haben. Dann ist da noch die Pferdegenossenschaft und der Reitverein, welche bis jetzt anscheinend auch nicht immer die gleichen Interessen vertraten. Das hat sich allerdings, wie wir es inzwischen wissen und gelesen haben, geändert und ist keine Thema mehr. Und nicht zuletzt geht es in dieser Vorlage um eine angeblich rechtlich nicht vollumfänglich abgesegnete Situation.

Sie haben es aus dem Munde von Peter Möller gehört. Der Regierungsrat hatte im Jahre 1994 schon einmal ein Gesuch für eine Ausnahmegewilligung zurückgewiesen, dies mit der Begründung, dass die Standortgebundenheit nicht erfüllt sei. Ich bin weder Jurist noch sonst allwissend und kann unmöglich in die Zukunft schauen. Denn wir müssten Wahrsager sein, um mit Gewissheit sagen zu können, ob ein zweites Gesuch für eine Baubewilligung wiederum abgelehnt würde.

Dieses Mal müsste, so hören wir, ein Gericht entscheiden. Jedoch in Anbetracht des heutigen Tatbestandes, wo es leider keine andere sinnvolle Standorte für ein nationales oder regionales Pferdespringen mit Elite-ReiterInnen und Pferden gibt, erachte ich es heute als durchaus möglich, dass sich ein solches Gericht positiv gegenüber einer Reitsportzone Griesbach aussprechen könnte. Schmeissen wir also das Tuch nicht zu früh in den Ring.

Neu kommt dazu, dass die Genossenschaft und der Reitclub sich geeinigt haben, sich vorerst mit einem **Allwetterplatz** zufrieden zu stellen, also auf die Halle vorerst zu verzichten. Ich sage aber nicht, dass sie auf eine Reithalle gänzlich verzichten, sondern, dass sie **vorerst** auf eine Reithalle verzichten würden. Die Reithalle ist jedoch noch immer das ferne Ziel und die Umzonung noch immer das Thema.

Dass die Halle noch nicht das Thema sein kann, ist ganz einfach, weil im Moment die Finanzen dafür fehlen. Ist es so unverständlich, dass man noch keine Geldgeber für eine Halle gefunden hat, wenn noch nicht einmal die Umzonung die Hürden des Parlamentes, des Volkes und möglicherweise der Gerichte genommen hat? Würden Sie den Wagen laden, ohne zu wissen, ob es ein Pferd gibt, das ihn zieht?

Das Geld für einen Allwetterplatz jedoch ist jetzt vorhanden; weiterhin verständlich also, dass man diese Sache jetzt vorantreiben möchte und wenigsten einen regelkonformen Platz bauen kann, um nicht das Datum im Mai 2001 an eine andere Stadt abgeben zu müssen, denn ohne bauliche Veränderungen, sprich Herstellung eines Allwetterplatzes, wird Schaffhausen diese traditionsreiche und schöne Sportveranstaltung verlieren. Ich habe hier die Herren Brütsch und Maag zitiert.

Seit 1994 hat sich noch anderes verändert. So hat z.B. der heutige Pächter des Griesbacher Hofes gekündigt und ein neuer Pächter oder gar Käufer wird gesucht. Es gibt tatsächlich einen potentiellen Käufer. Sicherlich müsste dann für den Hof eine bessere Erschliessung mit Wasser und Elektrizität in Erwägung gezogen werden, was wiederum für den Griesbach von Vorteil wäre, könnte man doch die dort so nötigen Erschliessungen zum gleichen Zeitpunkt und ohne grossen Schaden an Natur und Flur machen. Auch können Allwetter-Sandplätze heutzutage ohne jeglichen Kunsstoffbeisatz gebaut werden. Eine solche Offerte liegt der Reitsport-Genossenschaft bereits vor.

Ich möchte auch nochmals in Erinnerung rufen, dass wir zu diesem Zeitpunkt ja gar nicht abstimmen müssen, ob eine Reithalle gebaut werden soll oder nicht. Wir sind lediglich beauftragt, diese Vorlage "Schaffung einer Reitsportzone Griesbach" **und nur das** mit einem Ja oder einem Nein zu verabschieden. Das Erstellen eines Allwetterplatzes und später einer Reithalle bedarf dann immer noch einer Baubewilligung, gegen welche ja dann wieder Einsprachen gemacht werden dürfen.

Im Interesse des Stimmvolkes dürfen wir hier eigentlich nur für ein Ja zur Vorlage votieren, denn es ist meine Überzeugung, dass hier das Volk mitreden möchte und sollte und dass es - das Volk - selber mit einer Abstimmung entscheiden sollte, ob die Pferdesporttage weiterhin auf dem Griesbach stattfinden sollen.

Wir dürfen doch dem Volk eine Tradition, wie es der Griesbach ist, ein wirtschaftsfördernder "Event", ein Werbeträger sondergleichen, eine Sportveranstaltung für jung und alt, eine Tradition, welche sich weit über die Kantons- ja sogar Landesgrenzen grosser Beliebtheit erfreut, nicht einfach mit einem Nein wegnehmen. Seit Jahren freuen sich Hunderte und Tausende von SchaffhauserInnen auf diese jährlich wiederkehrenden Sportveranstaltungen. Wir dürfen diese Vorlage nicht einfach, erlauben Sie mir den Ausdruck, mir nichts dir nichts, "bachab" schicken. Ich bitte Sie, dieser Vorlage zuzustimmen, um dem Volk den Entscheid zu überlassen.

Für die Pferdesportfreunde ist die Springkonkurrenz genau so aufregend wie für den Ballfan ein Fussball- oder Handballmatch es ist. Wir sind der Meinung, dass nichts unversucht bleiben soll, um diese edle Sportveranstaltung weiterhin in unserer Stadt durchführen zu können. Alle populären Sportarten wie Tennis, Volleyball, Handball Fussball etc. haben ihr Plätzchen, ihr Zuhause, warum soll es für den Pferdesport anders sein?

Die Bedenken, dass der Griesbach zu einem Grossveranstaltungs- oder gar Open Air-Gelände verkommen könnte, sind unbegründet. Weder die Pferdegenossenschaft, noch der Reitverein sind daran interessiert, mehr als drei Veranstaltungen pro Jahr durchzuführen. Dies sind die nationalen und die regionalen Pferdesporttage und - wenn bewilligt - vielleicht eine dritte Veranstaltung, ein Dressurwettbewerb. Es ist zudem im Nutzungskonzept klar definiert, wer wie viele Veranstaltungen durchführen darf. Man benötigt also eine Bewilligung, um eine Veranstaltung durchführen zu können, somit sind Veranstaltungen leicht steuerbar. Dazu kommt, dass es praktisch unmöglich ist, zusätzliche Pferdeveranstaltungen organisieren zu können, denn all diese Wettbewerbe sind längst an andere Schweizer Standorte vergeben.

Ich werde das Gefühl nicht los, dass sich unsere Freunde der Mitte rein aus Prinzip dem Griesbachprojekt in die Quere stellen. Die Grossstadträte Egli und Möller können doch nicht allen Ernstes meinen, dass die Stadt ihr für teures Geld erstandenes und inzwischen voll erschlossenes Gewerbeland im Merishauser Tal für eine meist brachliegende Reithalle abgibt. Das macht nun einfach keinen Sinn. Eine Reithalle ist kein Gewerbe im herkömmlichen Sinn, es fehlt hier jegliche Wertschöpfung. Seit über dreissig, nein sogar seit über 40 Jahren Jahren gibt es Gebäude und Tribünen auf dem Griesbach. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die Natur mit dieser zusätzlichen Halle grossen Schaden erleiden müsste.

Und wenn Ihnen so viel am vermeintlich zusätzlichen Verkehr gelegen ist, dann kümmern Sie sich doch auch einmal um die vielen HundebesitzerInnen, die sich mit ihren Vierbeinern täglich auf dem Griesbach-Platz tummeln - das Auto im Wald parkiert.

Was mich freuen würde ist, wenn Sie der Überbauung der Schrebergärten auf der Breite bei der Platte die Stirne bieten würden. Das sind Plätzchen, die wir unseren StadtbürgerInnen erhalten sollten - das sei nur so am Rande vermerkt.

Abschliessend vergessen wir nicht, und ich betone es noch einmal, dass wir heute lediglich über die Umzonung abstimmen, und dass wir diese Vorlage mit einem kräftigen JA annehmen sollten, denn denken Sie an die unzähligen Pferdefreunde, Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, für die unser NEIN das AUS für den Griesbach bedeuten könnte. Und denken Sie nicht zuletzt auch an alle diejenigen, die in harter Arbeit die nationalen und regionalen Pferdesporttage über die Jahre zu dem gemacht haben, was sie heute sind.

Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten."

Herbert Distel (CVP)

Votum *

"Zuerst möchte ich etwas zum Votum von Bernhard Egli sagen:

Lieber Bernhard Egli, ich weiss, dass Du und die OeBS im Moment auf "Wolke 7" schweben. Denke aber bitte daran, Max Zimmermann war mit der Autopartei auch schon dort oben. Wir von der CVP weisen Deine Attacke gegen den Leserbrief "Reiten oder Sackgumpen" in aller Form zurück. Die Fr. 50'000.-, die der Stadtrat für die Erschliessungskosten gesprochen hat, haben mit der heutigen Vorlage nichts zu tun. Sollte alles wie bisher bleiben, muss der Griesbach trotzdem neu erschlossen werden. Dies kann auch im Protokoll der SPK, 1. Sitzung auf Seite 16 nachgelesen werden, wo SR Schönberger aussagt, dass der Stadtratsbeschluss unabhängig vom Bau der Reithalle gemacht wurde. Die Fr. 100'000.-- sind eine reine Annahme des Reitvereins. Vom SR wurde nie ein Betrag in Aussicht gestellt. Ich zitiere SR Schönberger aus dem Protokoll der SPK, 2. Sitzung Seite 4: *"Die Stadt hat keine Zusicherung gemacht. Der Reitverein hat eine Anfrage gestellt und sich dabei auf andere Projekte bezogen, bei welchen die Stadt Beiträge geleistet hat, z.B. Kunstturner, Judokas usw. Der Betrag von Fr. 100'000.-- wurde von ihnen als Erfahrungswert in das Finanzierungskonzept aufgenommen"*. (Zitatende) Selbst für die Volksabstimmung würde der Reitverein die Kosten übernehmen. Also kann man mit gutem Gewissen zum heutigen Zeitpunkt sagen, dass diese Vorlage unter dem Strich weitgehend kostenneutral ist. "In vino und in CVP veritas".

Der Reitsport gehört auf den Griesbach, wie der Fussball auf die Breite. Es wäre sicherlich schade, wenn eine sehr schöne Tradition wie die Pferdesporttage auf dem Griesbach durch die Ablehnung dieser Vorlage gefährdet wäre. Da die Infrastruktur auf dem Griesbach in keiner Weise mehr genügt, ist es sicherlich sinnvoll, mit einer Reitsporthalle die Pferdesportanlage Griesbach aufzuwerten. Diese Reitsporthalle kann bei den Pferdesporttagen einerseits als Abreitplatz, Restaurant, VIP-Raum sowie für die Jury genutzt werden. Bei schlechter Witterung kann alles gekehrt und die Halle für die Springprüfungen verwendet werden. Sollte nur die Reitsportanlage saniert werden, muss trotzdem die Infrastruktur sprich Strom, Wasser, Abwasser, Jurytribüne usw. um einiges verbessert werden. Das Problem mit den grossen Pferdetransportern, welche an die Springprüfungen kommen, haben wir bei allen Varianten. Man muss sich auch fragen, ob es sinnvoll ist, zwei bis drei Mal im Jahr eine grosse Festhütte, sowie Zelte für das Unterbringen der Pferde usw. auf den Griesbach zu karren, dort aufzubauen und nach 3 Tagen wieder abzubauen.

So komme ich zum Schluss, dass Reitsportanlässe von nationaler Bedeutung auf dem Griesbach eigentlich am falschen Ort sind. Ich bin kein grundsätzlicher Gegner des Reitsports, ich bin mir dessen Wert durchaus bewusst. Gegen eine Sanierung der bestehenden Anlagen habe ich auch nichts einzuwenden. Einem Hallenneubau auf dem Griesbach kann ich aber nicht zustimmen. Wenn keine Halle gebaut werden soll, braucht es keine Umzonung, keine Vorlage und keine Volksabstimmung.

Ich werde nicht auf die Vorlage eintreten."

Max Zimmermann (parteilos) Votum

"Der Name Griesbach ist verbunden mit dem Reitsport. Bereits als kleiner Knirps habe ich erlebt, dass auf dem Griesbach Reitanlässe stattgefunden haben. Später habe ich selber dort oben mitgeholfen, die Kosten von Reitsportanlässen zu reduzieren, indem ich zusammen mit der Jugendorganisation, der ich angehört habe, jeweils die Hindernisse wieder richtig stellte, wenn sie von den Pferden nicht fehlerfrei übersprungen wurden. Ich bin nicht der einzige, der eine Verbindung hat zum Griesbach als Reitsportzentrum. Weil ich mehrmals im Griesbach geholfen habe, weiss ich, wie das Gelände bei Regenwetter und Nässe aussah. Mit Gummistiefeln mussten wir jeweils antreten.

Angesichts des guten Namens, den die Pferdesporttage Griesbach in der ganzen Schweiz geniessen, sind die jetzigen Zustände nicht mehr tragbar. Es muss etwas gemacht werden. In Schaffhausen gibt es an versch. Orten Handlungsbedarf. Wir wissen, man sollte das Fussballstadion erneuern und evtl. an einen anderen Ort verlegen. Wenn ein anderer Ort gefunden wird, so wird es garantiert auch wieder Einsprachen geben. Der Verkehr ist zu gross, irgend wer wird immer tangiert.

Lassen wir doch die Schaffhauser Bevölkerung entscheiden, ob sie hier umzonen will. Bezüglich Umzonung und Erstellung einer Reithalle hoffe ich, dass mit einer evtl. Rochade in der Kantonsregierung hier kein grosser Widerstand mehr erwachsen wird. Kollege Huber hat es gesagt, dass in Avenches ein grosses Reitzentrum entstanden ist. Man hat dort festgestellt, dass die Reiterei nicht eine Gewerbezone benötigt, sondern dass diese eher einen Bezug zur Landwirtschafts-Zone hat.

Wir sprechen immer von einer Attraktivierung der Region. Die Attraktivierung soll ja nicht nur den Fremden und Auswärtigen dienen, sondern auch der einheimischen Bevölkerung, auch wenn nur ein Teil davon den Veranstaltungen auf dem Griesbach beiwohnt.

Lassen wir das Volk entscheiden. Damit es soweit kommt, müssen wir auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Lassen wir doch den ReiterInnen das Reiten auf Pferden und überlassen das Paragraphen-Reiten den Juristen!"

Iren Eichenberger (OeBS) Votum

"Lieber Herbert Distel, ich kann Dir versichern, wir schweben nicht auf "Wolke 7", sondern wir sind hier sehr präsent. Ich möchte auch bestätigen, dass ich überhaupt nicht aus Prinzip gegen den Griesbach bin. Aber nach den klaren rechtlichen Ausführungen von Peter Möller kann ich mir nicht erklären, wie man sich weiterhin hinter dieses Begehren stellen kann. Wir haben eine eindeutig definierte Landwirtschaftszone im BLN-Schutzgebiet. Wo kämen wir denn hin, wenn jeder und jede nach seinem/ihrem "Gusto" seine/ihre Wunschzone schaffen könnte?

Stellen Sie sich einmal vor, ich würde gemäss diesem Prinzip eine Motion einreichen zur Schaffung einer RaucherInnen-Zone in diesem Ratssaal. Begründung: Es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, dass jeweils 30 - 50 % der Ratsmitglieder während der Sitzungen des GrSR den Saal verlassen, um draussen eine zu paffen. Dieser Zustand ist für die Betroffenen diskriminierend und den Verhandlungen des GrSR abträglich. Da die Geschäftsordnung des GrSR keine Pause vorsieht, bleibt letztlich nur der Weg - da treffen wir uns wieder - über die Schaffung einer RaucherInnen-Zone in diesem Saal. Die restlichen zehn Seiten der Begründung erspare ich Ihnen Ich bin aber überzeugt, sämtliche Fraktionen würden mich mit Vorwürfen überhäufen. Der Ratssaal sei kein Ort zur Erfüllung von Konsum- und Freizeitbedürfnissen, das Vorhaben sei feuerpolizeilich nicht zulässig, heimatschützerisch ein Frevel, und die Justitia, Concordia und Pax dort oben an den Wänden dieses Saales würden Russ ansetzen. Ich erspare Ihnen die weiteren zehn Seiten der Ablehnungsgründe. Mir erspare ich die Antwort des Stadtrates, bevor ich meine hypothetische Motion in eine hypothetische Interpellation "verzaubern" muss.

Es bleibt die Frage: Was ist bei der Zonenplanänderung Griesbach so anders? Im Grunde geht es um etwas ganz ähnliches.

Ich habe über das Wochenende ein bisschen in den Wahlunterlagen, in den verschiedenen Broschüren gestöbert. Da bin ich zum Schluss gekommen: In dieser Beziehung halte ich es ganz wie die SVP, die in ihrer Broschüre zum Stichwort "Umwelt" schreibt: *"Wir fordern eine verlässliche Raumplanung."*

Ruedi Widtmann (OeBS)

Votum *

"Nachdem Bernhard Egli ein sehr ausführliches Referat gehalten und die Meinung unserer Fraktion kundgetan hat, welche Ihnen schriftlich zugestellt wurde, möchte ich Ihnen doch noch aus der Sicht eines praktizierenden Landwirtes im Gebiet Eschheimental und Griesbach sowie als Anwohner der Hohlenbaumstrasse einige persönliche Bemerkungen dazu abgeben.

Vor ca. 3 Jahren wurden im Gebiet Eschheimental/Griesbach grosse Anstrengungen unternommen, um eine ökologische Vernetzung zu erzielen, dies unter der Leitung des Planungs- und Naturschutzamtes. Buntbrachestreifen, Hecken, extensives Wiesland - also Blumenwiesen - wurden im grossen Stil angesät resp. bepflanzt; dies auf ca. 5 ha (= 50'000 m²) gutem Ackerlandes. Aus ökologischer Sicht war und ist dies sehr wertvoll und für die vielen SpaziergängerInnen, FreizeitsportlerInnen sowie "HündelerInnen" wundervoll anzusehen.

Aus der Sicht der bewirtschaftenden Bauern aber war dies ein grosses Opfer und für einige schwer nachvollziehbar, wo man doch überall von Liberalisierung der landwirtschaftlichen Märkte spricht, und man weiss, dass man in Zukunft nur mit grösseren Betriebsflächen überleben kann. Nun gut, in einem BLN-Gebiet und auf kantonseigenem Land muss man dies wohl oder übel auch als Landwirt akzeptieren. Es ist aber schon etwas provokativ, wenn der selbe Kanton nun im selben Gebiet eine Reitsport- oder Sportzone schaffen will, um eine Reithalle in der Landwirtschafts-Zone zu ermöglichen. Es ist für mich paradox, wenn 100 Meter neben einer Hecke mit vorgelagertem Buntbrachestreifen, auf welchem sich die Vögel sichtlich wohl fühlen, plötzlich Autoverkehr und Modellfliegerei geduldet werden.

Unverständlich ist für mich auch, dass man eine geplante, zonenkonforme Landwirtschaftssiedlung auf dem Wolfbuck aus Landschaftsschutzgründen nicht bewilligte, nun aber unweit davon entfernt eine riesige Reithalle, welche einen Mehrverkehr nach sich zieht, als nicht störend empfindet. Wo ist da die Rechtsgleichheit?

Zum Verkehr: Meiner Meinung nach ist das Verkehrsaufkommen im Gebiet Eschheimertal/Griesbach jetzt schon viel zu gross für ein Naherholungs- sowie BLN-Gebiet. Dieses wird hauptsächlich durch den Durchgangsverkehr über den Kistenpass sowie durch die Zufahrten zu den Restaurants und verschiedenen Parkplätzen verursacht. Man sollte nach Lösungen suchen, diesen Verkehr zu reduzieren, aber sicher nicht, um ihn noch zu erhöhen.

Zur Verkehrssicherheit: Das "Nadelöhr" Randenstrasse/Hohlenbaumstrasse ist sehr eng und dadurch problematisch und vor allem gefährlich. Dies ist sicher auch Baureferent Kurt Schönberger bekannt, passiert er doch täglich wie ich dieses Nadelöhr. Eine Elterngruppe ist bei ihm schriftlich vorstellig geworden und fordert ein ganzes Paket von Sicherheitsmassnahmen, um die KindergärtlerInnen und FussgängerInnen zu schützen. Darin wäre auch ein Fussweg enthalten, welcher durch mehrere private Parzellen hindurch führen würde. Ich weiss nicht, wie man dies realisieren könnte. Dieses Nadelöhr kann nicht beseitigt werden, da die Bauten rechts und links davon im ISOS (Inventar für schützenswerte Objekte) aufgeführt sind. Für mich ist es somit klar, dass es in dieser Situation nur eine Lösung geben kann, nämlich den Verkehr zu reduzieren. Ich verstehe, dass man eine Reithalle erstellen möchte, aber ich verstehe nicht, dass man das Problem des Engpasses und der Verkehrssicherheit nicht zur Kenntnis nehmen will. Bevor dieses Problem nicht gelöst ist, ist das Projekt Reithalle Griesbach nicht zu verantworten.

Eine Bemerkung zur durchgeführten Verkehrszählung: Diese wurde im Bereich "Klus", d.h. nach der Abzweigung Lahnstrasse gemacht, wo nur ein kleiner Teil, welcher das Nadelöhr passiert, durchfährt. Der grösste Teil fährt anschliessend über den Kistenpass, d.h. dort, wo es wirklich problematisch ist, passieren weit mehr Fahrzeuge.

Zum Schluss möchte ich noch betonen, dass ich nichts gegen den Reitverein habe und ihn begreife, dass er eine eigene Reithalle möchte. Diese sollte aber an einem verkehrstechnisch besser gelegenen, zonenkonformen Standort realisiert werden können.

Die Pferdesporttage auf dem Griesbach sind für mich unbestritten, und gegen eine Platzsanierung sowie eine Verbesserung der Infrastruktur hätte sicher niemand etwas einzuwenden. Die anderen Sportveranstaltungen wie Trans Randenlauf, Randen-Bike passen ebenfalls gut in dieses Gebiet, weil sie dem Gebiet entsprechend angepasst organisiert werden - Bustransfer - und dadurch keinen grossen Mehrverkehr verursachen.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, der Vorlage nicht zuzustimmen."

Peter Neukomm (1. Vizepräsident)

Votum

"Die Debatte läuft zu meinem Bedauern auf einen Scherbenhaufen hinaus. Das finde ich als Parlamentarier unbefriedigend. Darum möchte ich ein paar Worte dazu sagen.

Ich möchte mein Votum als Appell zur Zerschlagung des gordischen Knotens verstanden wissen. Ich verstehe die Anliegen des Reitvereins und der Genossenschaft. Wir wissen, dass eine Sanierung des Platzes auf dem Griesbach dringend ist. Das ist heute unbestritten. Ich frage mich, weshalb diese rechtlich heikle Sanierung mit einer solchen Umzonung gefährdet wird. Wir wissen - das ist so sicher wie das Amen in der Kirche - dass gegen diese Umzonung Rechtsmittel ergriffen werden. Ein langer Rechtsstreit ist vorprogrammiert. Da muss ich Herbert Distel enttäuschen, die Justiz wird nicht politisch entscheiden. Die Justiz hat sich an die geltenden Gesetze zu halten und nicht an Volksabstimmungen aus Kommunen. Das spielt für die Rechtsfindung keine Rolle. Als Jurist muss ich Ihnen auch sagen, dass die Argumentation von Peter Möller schon etwas für sich hat. Ich wäre nicht so sicher, ob diese Sache vor der Justiz wirklich nicht hinunter fällt. Darum braucht es von den Betroffenen - vom Stadtrat erwarte ich das ebenfalls - einen Rettungsanker. Die verfahrenre Situation müsste jetzt durch die Trennung der beiden Anliegen gerettet werden. Eine schnellstmögliche Sanierung des Platzes, unabhängig von der Umzonung, ist gefordert. Dann erreichen wir mindestens, dass die Pferdesporttage - die regionalen und die nationalen -, die uns so am Herzen liegen, und die wir auch weiterhin auf dem Griesbach wollen, dort bleiben. Alles andere ist ein gefährliches Spiel "Alles oder Nichts". Ich denke, dass das auch den Anliegen des Reitsports nicht zuträglich ist. Am Schluss riskieren wir nicht nur, dass diese Leute einen Frust haben, sondern auch das stadtschaffhauser Stimmvolk, wenn es dann der Vorlage zustimmt und die Justiz nachher anders entscheidet."

Edgar Mittler (FDP) Votum

"Ein Votum wird mit zunehmender Dauer nicht besser und auch nicht wahrer. Deshalb nur ein Satz: Ich will ein Bekenntnis zu einem vernünftigen, sinnvollen und traditionellen Griesbach, ohne finanzielle Verpflichtung, ohne finanzielles Risiko für die Stadt. Deshalb trete ich auf die Vorlage ein und stimme ihr zu."

Stadtrat Kurt Schönberger Stellungnahme des Stadtrates

"Dass dieser Parcours über Hürden, Oxer und Wassergräben führen wird, habe ich mir gedacht. Dass verschiedene Bemerkungen jetzt gemacht worden sind, die Unsicherheiten hervorgerufen haben, damit habe ich nicht gerechnet. Bereits nach der letzten Ratsdebatte ist von Seiten der direkt Beteiligten gesagt worden, dass man damit leben könnte, den Platz zu sanieren, die Halle würde nicht gebraucht. Heute kommt Dieter Amsler daher und sagt, dass Reitverein und Genossenschaft vorerst auf eine Reithalle verzichten würden. Ich habe mich mit Hansjörg Maag, dem Präsidenten des Reitvereins, kurz geschlossen. Er schüttelt jetzt noch den Kopf. Das stimmt schlichtweg nicht. Nach der letzten Ratssitzung habe ich beide Exponenten eingeladen - Erich Brütsch als Vize-Präsident der Genossenschaft und Hansjörg Maag als Präsident des Reitvereins - und habe diesen beiden Herren gewissermassen das Messer an die Kehle gesetzt. Es ging mir darum, zu erfahren, ob Reitverein und Genossenschaft nach wie vor hinter dem Gesamtpaket - Sanierung des Platzes und Bau einer Reithalle - stehen oder nicht. Es ging mir auch darum, zu erfahren, ob ein Modell für die Finanzierung besteht. Ich habe von den beiden Herren bis Ende letzter Woche einen schriftlichen Bericht verlangt. Diesen habe ich hier, unterzeichnet von beiden Herren. Beide Seiten haben erklärt, dass sie nach wie vor hinter der jetzigen Vorlage des Stadtrates stehen. Es stimmt nicht, dass einer dieser Partner erklärt hat, dass vorerst auf die Reithalle verzichtet werde und man den Platz sanieren solle."

Ich möchte rückblickend noch einige allgemeine Bemerkungen machen. Andres Bächtold hat in seiner Eigenschaft als Präsident der SPK sehr objektiv aus den Kommissionsberatungen berichtet. Die Spezialkommission ist - das hat man bei der heutigen Debatte fast ein bisschen vergessen - mit 9 : 4 Stimmen auf diese Vorlage eingetreten bzw. hat ihr mit einer Deutlichkeit zugestimmt, welche man nach diesen Voten heute Abend nicht mehr erraten könnte.

Bernhard Egli hat in seinem Votum davon gesprochen, dass Alternativ-Standorte nicht sorgfältig genug geprüft worden seien. Man hätte einen Standort im Merishausertal gehabt; alle anderen Standorte hätte man nicht sorgfältig genug geprüft. Diesen Vorwurf muss ich zurück geben. Hansjörg Maag, der Bausekretär und ich haben 9 Standorte angeschaut und sorgfältig geprüft. Man hat sich dann für den Standort Merishausertal ausgesprochen und eigentlich entschieden. Der Stadtrat hat dann zu einem späteren Zeitpunkt davon Abstand genommen, weil man dieses Land im Merishausertal nicht "nur für eine Reithalle" zur Verfügung stellen wollte, sondern dieses wertvolle Industrie- und Gewerbeland für andere Zwecke bereit halten will. Der SR steht hinter der Wirtschaftsförderung. Bernhard Egli hat in seinem Votum bemerkt, die Reithalle sei ein Gewerbebetrieb. Die Reithalle kann als Vereinslokal angesehen werden und ist bestimmt kein Gewerbebetrieb. Hier wird weder etwas produziert, noch wird eine Wertschöpfung erzielt. Die Stadt hat ein Interesse daran, in der Gewerbezone Betriebe mit hoher Wertschöpfung und damit hohen Steuererträgen anzusiedeln. Das sollte legitim sein. Da spielen die Gewerbeland-Reserven eigentlich keine Rolle, denn auch bei grösseren Reserven sollte man mit dem Land haushälterisch umgehen.

GrSR Egli hat auch gesagt, man könnte diese Reithalle zusammen mit einem multisportiven Zentrum realisieren. Wenn er das sagt, so denkt er vermutlich ans Herblingertal. Dort stellt sich dann allerdings die Frage der Grösse des Grundstückes, das zur Verfügung steht. Der hierfür benötigte Platz steht im Herblingertal zweifelsohne nicht zur Verfügung. GrSR Egli hat im weiteren gefragt, was mit der Reitsportzone passiere, wenn die Reithalle nicht gebaut werde. Wenn eine Umzonung in der Volksabstimmung gutgeheissen und nachher gerichtlich angefochten wird, dann passiert nichts. Das haben wir mit den beiden betroffenen Parteien besprochen und diskutiert, ob es nicht besser wäre, die Sache zu trennen - wie es Peter Neukomm jetzt dargelegt hat -, den Platz zu sanieren - dafür hat der SR bereits einen Beitrag von 50'000 Franken gesprochen - und die Reithalle zurück zu stellen. Das wird, wie bereits erwähnt, von diesen beiden Parteien nicht gewünscht. Ich kann Ihnen aber sagen, dass das eine Vorhaben das andere nicht ausschliesst. Angenommen, diese Zonenplanänderung kommt vor das Volk, das Volk würde zustimmen, nachher würde der Rechtsweg beschritten, man würde ein Verfahren einleiten, das über mehrere Jahre gehen könnte, dann könnte die Sanierung des Platzes gleichwohl erfolgen. D.h. man könnte ein Baugesuch einreichen, der SR müsste darauf eintreten und man könnte diese Sanierung in der heutigen Landwirtschafts-Zone - wenn die Bestimmungen eingehalten werden - bewilligen. Für die Sanierung des Platzes braucht es keine Umzonung. Was nicht gemacht werden darf, das sind vorbereitende Handlungen für den späteren Bau einer Halle.

Zum Hinweis von GrSR B. Egli betr. Lagerung von Kerosinfässern durch die Modellflieger auf dem Griesbach. Auf diesen Punkt muss ich nicht eintreten. Diese Behauptung stimmt nicht, da habe ich mich bei den Modellfliegern erkundigt.

Zum Mehrverkehr, den jetzt etliche Votanten angesprochen haben: Auch ich bin Anwohner da oben. Ich weiss, dass bei den regionalen und nationalen Pferdesporttagen auf dem Griesbach ein Mehrverkehr entsteht. Es ist aber nicht damit zu rechnen, dass weitere grosse Veranstaltungen auf dem Griesbach durchgeführt werden. Es gibt einen gesamtschweizerischen Turnierplan für Pferdesportveranstaltungen, welcher auf die verschiedenen Plätze verteilt wird. Da hat der Griesbach seinen festen Platz. Es kann also davon ausgegangen werden, dass sich der Mehrverkehr in Grenzen halten wird. Darauf hat auch der Quartierverein Hohlenbaum/Breite und Umgebung hingewiesen. Dieser Quartierverein hat bei seinen Mitgliedern eine Umfrage gemacht mit einem relativ guten Rücklauf von 23%. Es sind 700 Fragebogen verschickt worden, 163 sind eingegangen. Von diesen 163 haben sich 97 oder 60% dafür entschieden, einer Reitsporthalle auf dem Griesbach zuzustimmen. 34% haben dieses Vorhaben abgelehnt, die restlichen 6% haben sich der Stimme enthalten. Der Quartierverein hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass dem Verkehrsaufkommen grosse Beachtung geschenkt werden soll. Der SR hat bereits von Beginn weg mit dem Reitverein und der Genossenschaft grossen Wert darauf gelegt, dass keine Ausweitung der Verkehrserschliessung in Frage kommen darf. Wir haben auch gemeinsam in einem Nutzungsplan vereinbart, dass keine Grossveranstaltungen im Sinne von "Open Airs" etc. auf dem Griesbach stattfinden dürfen. Der Reitverein selbst will ebenfalls keine solchen Grossveranstaltungen.

GrSR Peter Möller greift heute in seinem Votum die Standortgebundenheit auf. Wenn man zwei Juristen anhört, so gibt es mindestens zwei unterschiedliche Meinungen. Wir haben in der Vorlage geschrieben, dass es eine Gratwanderung ist. Es gibt aber Beispiele, wo die Gerichte eben anders entschieden haben. Hans Peter Huber hat auf Avenches hingewiesen, so dass diese Sache nicht aussichtslos ist. Wenn die Sache aussichtslos wäre, hätten wir sie bestimmt nicht aufgegleist. Wir haben uns auch mit dem Reitverein über dieses Risiko unterhalten. Der Reitverein wäre bereit, dieses Risiko einzugehen. Das war auch der Punkt, weshalb wir in die Vorlage des SR aufgenommen hatten, dass die Auslagen für die Durchführung der Abstimmung durch den Reitverein, der diese Abstimmung eigentlich provoziert, getragen werden. Die SPK hat dann diesen Passus aus demokratischen Gründen herausgestrichen. Das kann ich nachvollziehen.

Bezüglich meinen Schlussfolgerungen kann ich auf jene 10 Punkte des Kommissionspräsidenten Andres Bächtold verweisen. Er hat diese übersichtlich aufgelistet. Diese 10 Punkte entsprechen eigentlich genau der Schlussfolgerung des Stadtrates.

Ich bitte Sie, der Schaffhauser Stimmbevölkerung die Möglichkeit zu geben, über dieses Geschäft an der Urne zu entscheiden. Das Volk soll sich dazu äussern können, ob es diese Umzonung vornehmen will. Damit ist auch die Absicht verbunden, auf dem Griesbach eine Reithalle zu erstellen.

Ich möchte an Sie appellieren, der Vorlage zuzustimmen. Das ist übrigens auch der Weg, den uns der Regierungsrat 1994 vorgeschlagen hat. Der RR hat uns auf den raumplanerischen Weg hingewiesen. Genau das machen wir jetzt. Der RR hat zwar von einer Sport-Zone gesprochen, dass man alle NutzerInnen da oben in eine Sport-Zone integrieren soll. Das haben wir bewusst nicht gemacht.

Wir wollen das Volk explizit fragen, ob es eine Reitsportzone Griesbach will, was zwangsläufig mit dem Bau einer Reithalle verbunden ist."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen aus der Sicht der Wirtschaftsförderung. Diese wurde angesprochen und dem SR der Vorwurf gemacht, er würde Gewerbeland horten. Dazu möchte ich eine kurze Stellungnahme abgeben. Vorher möchte ich Ihnen noch einige Überlegungen bekannt geben, die ich persönlich zu diesem Geschäft mache.

Die Reitsportanlage Griesbach mit gedecktem Stadion, Erdwall, Publikumsplätzen und dem Springplatz ist älter als das Raumplanungsgesetz. Die Anlage darf folglich weiterhin unterhalten und benützt werden. Es ist ein wohl erworbenes Recht, dort oben Springkonkurrenzen durchzuführen. Das ist die Ausgangslage. Die Anforderungen an den Pferdesport, die Sicherheitsauflagen, die technischen Auflagen haben in der Vergangenheit relativ stark zugenommen. Der Wert der Turnierpferde, die da oben springen, mag Ihnen einiges dazu aussagen, mag ein Index dieser steigenden Bedeutung der Sicherheitsanlagen und der Notwendigkeit gewisser Infrastrukturen sein. Es stellt sich doch jetzt der Stadt Schaffhausen die Frage - diese soll die Vorlage beantworten: Macht es Sinn, die bestehende Anlage erstens zu sanieren und zweitens sie auch so aufzuwerten, dass sie weiterhin nationalen Pferdesporttagen genügen kann? Jetzt kommt die wichtige Frage: Lässt das RPG - unter den Voraussetzungen, dass diese Anlage schon bestanden hat, dass wir dort oben weiterhin eigentlich nur nationale Pferdesporttage durchführen wollen - eine beschränkte Erweiterung zu? Wie in allen gesetzlichen und juristischen Fragen kann man hier unterschiedlicher Auffassung sein. Ich bin Peter Möller gar nicht böse, dass er auf diese kritische Komponente der Standortgebundenheit hingewiesen hat. Aber zur Abklärung der Standortgebundenheit benutzt auch das Bundesgericht regelmässig die Geschichte, das Ziel und den Zweck einer Anlage. Es entscheidet nicht einfach aufgrund des Buchstabens des Gesetzes, sondern prüft die Sache konkret vor Ort. Das ist ein Punkt, den wir akzeptieren müssen, auch wenn es dann vielleicht zu Ungunsten der Meinung des Stadtrates ausfallen würde. Ich denke, dass es wohl nur Sinn machen und möglich sein würde, die Anlage gemäss RPG zu nutzen, wenn diese weiterhin extensiv genutzt wird und keine regelmässig frequentierte Publikumsanlage ist. Das muss ein Nutzungskonzept sicher stellen - auch wegen der Verkehrsprobleme, die Ruedi Widtmann angesprochen hat. Das müssen wir nachweisen können. Dieser Nachweis wird im Rahmen der weiteren Planung erbracht werden müssen.

Was mir in der Debatte wirklich nicht gefällt, weil es ein ziemlicher "Brienzer" ist, den Sie angelegt haben: Sie haben gesagt, das müsse man gleichstellen mit einer gewerblichen Tätigkeit. Dies doch nur dann, wenn diese Anlage regelmässig benutzt wird, publikumsmässig intensiv frequentiert wird, jedes Wochenende, das ganze Jahr. Dann kann man sagen, das ist eine Art von Gewerbe; da haben Sie völlig recht. Das ist es auf Grund der Nutzungsbeschränkung eben nicht, die wir in der Planung dem Reitverein und der Genossenschaft Griesbach auferlegen müssen, damit die RPG-Grundlagen überhaupt erfüllt sind. Wir könnten ein Gewerbe dieser Art nicht gut ins Landwirtschaftsgebiet verpflanzen. Da gehe ich mit Bernhard Egli einig.

Aber sehen Sie - die Gewerbezone Merishausertal, um darauf zu sprechen zu kommen -, ist erschlossen für Gewerbebetriebe mit hoher Wertschöpfung, Standort für Dienstleistungen und Gewerbe ebenfalls mit hoher Wertschöpfung oder industriell/gewerbliche Nutzungen, wie wir sie beispielsweise mit der Druckerei Lempen, die ja mitten in diesem Gebiet steht und betrieben wird, angesiedelt haben. Gas, Wasser, Abwasser, Starkstrom, SASAG-Anschlüsse sind vorhanden. Der Busbetrieb kann problemlos für die Publikumsfrequentierung erweitert werden. Es ist eine intensive Nutzung des Merishausertals geplant als Zone, die während 5 - 6 Arbeitstagen pro Woche genutzt werden kann. Es ist die einzige, sich im Eigentum der Stadt Schaffhausen befindliche industriell/ gewerbliche Zone. Der Rest gehört einer grossen Industriefirma in Schaffhausen, die das Land vor langer Zeit von der Stadt relativ günstig erworben hat; ich war damals, als dies statt gefunden hat, nicht Stadtpräsident, sondern Parteipräsident. Es ist ein Faktum, wir können praktisch nur noch mit den 30'000 m² da hinten Ansiedlungsentscheide fällen, die wir positiv über den Landpreis beeinflussen können.

Wenn wir vom Raumplanungsgesetz sprechen - ich bin ein "denaturierter" Jurist, ich bin schon lange in der Politik, Peter Möller -, das RPG will ja nicht nur die Streubauweise verhindern. Das RPG will auch, dass die vorhandenen Baulandreserven möglichst gut und nutzungsorientiert eingesetzt werden. Eine Sportanlage, die vielleicht zwei bis drei Mal pro Jahr Publikumsverkehr hat, in diese Gewerbezone hinein zu bauen, wäre nicht empfehlenswert und auch nicht im Sinne des RPG, das ja auch den haushälterischen Umgang mit dem eingezonten Boden verlangt.

Es stellt sich dem SR jetzt die Frage: Haben wir das Primat der Demokratie oder haben wir das Primat der Justiz in dieser Sache? Im Moment müssen Sie dafür Verständnis haben, dass der SR findet, er müsse mindestens die Demokratie auf Gemeindeebene so weit zum Zuge kommen lassen, dass geklärt wird, ob die Leute die Reitanlage so bescheiden aufgewertet haben wollen, dass das Nutzungskonzept auch bekannt ist, die Nutzungseinschränkung klar ist, ebenso die Verkehrseinschränkungen, oder ob sie das nicht wollen. Da müssen Sie der Demokratie eine Chance geben. Die Rechtssprechung ist voll von Entscheiden, wo die Gemeinde entschieden hat und das Bundesgericht schliesslich dazu Ja oder Nein gesagt hat. Ich kann Ihnen nicht voraus sagen, wie das Bundesgericht entscheiden wird. Wenn ich das könnte, wäre es mir auch in diesem Fall wesentlich wohler."

Dieter Amsler (FDP) Votum

"Ich möchte nur ein mögliches Missverständnis aus dem Weg räumen. SR Schönberger hat gesagt, ich wäre daher gekommen. Ich bin nicht daher gekommen, ich bin da gestanden. Wenn ich daher gekommen bin, dann höre ich etwas Negatives. Ich möchte noch einmal den fraglichen Abschnitt aus meinem Votum verlesen - ich habe vorgängig mit den direkt Betroffenen gesprochen und sie ganz gut verstanden: *"Neu kommt dazu, dass die Genossenschaft und der Reitverein - da habe ich aus Versehen Reitclub gesagt - sich geeinigt haben, sich vorerst mit einem **Allwetterplatz** zufrieden zu stellen, also auf die Halle vorerst zu verzichten. Ich sage aber nicht, dass sie auf eine Reithalle gänzlich verzichten, sondern, dass sie **vorerst** auf eine Reithalle verzichten würden. Die Reithalle ist jedoch noch immer das ferne Ziel und die Umzonung noch immer das Thema."*

Ich hoffe, dass dies zu Händen des Protokolles klar festgehalten und das Missverständnis ausgeräumt ist."

Bernhard Egli (OeBS)

Votum

"Ich habe die Stellungnahme unserer Fraktion anlässlich der letzten Ratssitzung abgegeben. Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen. Aber die beiden Stadträte haben mir noch ein Stichwort gegeben - Demokratie. Wenn man eine Meinungsumfrage in einem Quartier macht, dann finde ich es wichtig, dass man auch weiss, was man gefragt hat. Man hat nicht gefragt nach dem Ja oder Nein zu dieser Reithalle, sondern man hat wie folgt gefragt:

Befürworten Sie die Erstellung einer Reithalle auf dem Griesbach?

Man konnte ankreuzen:

Ja, mit strengem Nutzungsreglement und wenn kein weiterer Ausbau der Zufahrtstrasse stattfindet.

oder

Ja, aber nur wenn Vorsichtsmassnahmen zum Schutz der SpaziergängerInnen im oberen Teil der Randenstrasse ergriffen werden

bzw.

Nein, aus Natur- und Landschaftsschutzgründen

oder

Nein, Landwirtschaft ist vorrangig.

Unter diesen Voraussetzungen haben 97 von 163 **Ja** mit Massnahmen gesagt. Das ist sehr wichtig.

Dann müssen Sie auch noch wissen, dass die Zufahrtsstrasse dort ca. 4 Meter breit ist. Ist das ein gutes Entwicklungspotential dort oben, wenn man diese Strasse nicht ausbauen kann, wenn man die geplante Halle nicht optimal nutzen kann? Es findet auf dem Griesbach nicht drei Mal pro Jahr eine Nutzung statt. Es wird dort täglich geritten. Meiner Meinung ist der Griesbach kein optimaler Standort. Man kann besser gelegene und besser erschlossene Standorte ausfindig machen, wo auch eine bessere Nutzung der Halle möglich ist.

Ich finde es schade, wenn der Stadtrat sehr einseitige Interessen vertritt. Es gibt auch andere Interessen, die der Stadtrat vertreten soll."

Annina Keller (JPS)

Votum

"Ich möchte nicht zum Thema sprechen, sondern zur Art und Weise, wie heute Abend gesprochen wird. Auch mir gefällt heute Abend etwas nicht an der Sache, Marcel Wenger. Wir haben uns - so glaube ich - in diesem Saal noch nie so auf die Demokratie berufen wie heute. Lassen wir das Volk entscheiden! Eigentlich ein schöner Satz, aber auch ein sehr einfacher.

Mir kommt es je länger je mehr so vor, als denke man, es ist egal, ob die Sache auf wackeligen Beinen steht oder nicht. Insgeheim hofft man, dass das Volk dies ablehnt, damit man sich aus einer peinlichen Situation heraus halten kann. Wenn wir so zu politisieren anfangen, dann können wir am Dienstagabend zu Hause bleiben und die Sitzungsgelder in die Volksabstimmungskosten investieren und müssen gar nicht mehr zusammen kommen."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Unsere Fraktion war bis anhin zurückhaltend in dieser Debatte. Wir waren uns innerhalb der Fraktion nicht einig in der Haltung zu diesem Geschäft. Man wird bei der Abstimmung sehen, wie sich die Meinungen inzwischen entwickelt haben. Ich selbst war auch sehr lange Zeit unschlüssig. Ich muss sagen, Max Zimmermann, wir weilten früher auch auf dem Griesbach. Nur damals musste man ab Bushaltestelle oder von zu Hause aus noch zu Fuss hingehen. Die wenigsten Leute besaßen ein Auto. Heute will man alle Orte mit dem Auto erreichen. Wenn auf dem Griesbach eine Halle steht, dann wird das mehr Verkehr anziehen. Es ist naiv zu behaupten, dass dies nicht so sein wird. Was will der Verein - es sei denn ein "Luxusverein" - eine teure Halle bauen, wenn sie kaum benutzt wird? Das sehe ich nicht ein. Schauen Sie bei der KSS. Früher benutzte man den ÖV oder ging zu Fuss dort hin; gelegentlich kam auch jemand mit dem Auto. Schauen Sie die Situation heute an. Alle fahren mit dem Auto. Das wird auch beim Griesbach so sein.

Ich unterstütze die Idee von Peter Neukomm voll. Der Griesbach ist gewachsen, die Veranstaltungen sind eine Tradition. Mir würde es auch gefallen, wenn diese Pferdesporttage dort oben bleiben würden, wenn wir den Platz sanieren würden etc. Den Rest machen wir doch an einem Ort, der infrastrukturell gut ausgebaut ist, wo man nicht behaupten muss, es gebe dann nur zwei bis drei Veranstaltungen pro Jahr. Wer baut denn für so viel Geld eine Halle für zwei bis drei Veranstaltungen pro Jahr? Anscheinend ist es doch kein "Luxus-Verein", sonst hätten sie ja das Geld schon lange. Bezüglich Standort für eine Reithalle ist noch nichts präjudiziert. Vielleicht besteht doch noch die Möglichkeit, diese im Rahmen einer polysportiven Anlage zu realisieren. Ich bin gegen den Standort Griesbach für eine Reithalle."

Hans Peter Huber (SVP) Votum

"Es wurde nicht behauptet, dass es zu keinem Mehrverkehr kommt. Wir reden von einem begrenzten Mehrverkehr." Der Votant weist nochmals auf die Verkehrszählung bei einer vergleichbaren Anlage in Thayngen hin, wo für den ganzen Monat Januar 600 Pferde gezählt wurden. "Wir gehen davon aus, dass 20 - 30 Transporter pro Tag die obere Grenze sein werden. Dies ist ein verantwortbarer und verkraftbarer Mehrverkehr. Im übrigen wird mit Pferdetransportern üblicherweise sehr langsam und vorsichtig gefahren."

Herbert Distel (CVP) Votum

"Ich versuche, Esther Bänziger die Situation nochmals zu erklären. Wenn wir den Platz sanieren, so muss auch die Tribüne repariert werden, weil sie defekt ist und auch der Jury-Raum ist baufällig und muss saniert werden. Die Reithalle ermöglicht versch. Nutzungen. Man kann sie als Abreitplatz nutzen, das Restaurant und die Jury könnten in der Halle untergebracht werden. Die Festhütte und übrigen Installationen, die man auch hinauf führen muss, würden dann wegfallen. Der Mehrverkehr ist auch ohne Halle da. Die beiden Vereine wollen da oben eine Doppelnutzung. Geben wir ihnen doch diese Chance!"

Urs Tanner (SP)

Votum

"Ich schliesse mich dem "Demokratievortrag" von Annina Keller voll an. Ebenso kann ich mich den sauberen Ausführungen von Kollege Peter Möller anschliessen."

Der Votant stellt dem Stadtrat die Frage, weshalb er diesem Projekt zugestimmt hat, nachdem SR K. Schönberger in der SPK zu Protokoll gegeben habe: *"Im Januar 1998 hat sich der Stadtrat gegen den Bau einer Reithalle auf dem Griesbach gestellt. Es sollten Alternativ-Standorte gesucht werden."* Die Firma Marquardt, welche ebenfalls ihr Interesse an dieser Parzelle im Merishausertal - dem möglichen Alternativstandort für die Reithalle - angemeldet habe, hat sich letztlich nicht dort angesiedelt. Dieser Platz sei immer noch leer. "Warum trotzdem diese Vorlage? Ich bin aus diesen Gründen klar nicht für Eintreten."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Urs Tanner hat sich auf Marquardt bezogen. Die Firma Marquardt hat sich entschieden für den Standort Schaffhausen, aber nicht für das Merishausertal, was nicht heisst, dass wir jetzt diese Parzelle freigeben können für Nutzungen, die sich nicht in der gleichen Wertschöpfungsgrösse bewegen. Wir haben noch die Firma Lapp Kabel gehabt, die sich für diese Parzelle interessiert hat. Wir können doch nicht eine Option auf eine extensive Reitsportanlage in einem Gebiet platzieren, wo wir normalerweise Betriebe mit hoher Wertschöpfung ansiedeln wollen und auch können. Dafür müssen Sie Verständnis haben. Das ist nicht eine Politik, die der SR verfolgen kann, denn diese Grundstücke wurden ja mit Steuergeldern erschlossen. Es mussten massive Vorinvestitionen getätigt werden. Mit dem Bau einer Reithalle soll ein reiner "Freizeitwunsch" ohne konkrete Wertschöpfung für die Stadt erfüllt werden. Den kann man zwar erfüllen, aber bitte nicht auf erschlossenem Gewerbe- und Industrieland. Wir versuchen nun, mit einer Umzonung den Bau dieser Reithalle zu ermöglichen, an einem Ort, wo die Um- bzw. Einzonung am meisten Sinn macht."

Ruedi Widtmann (OeBS) insistiert nochmals wegen der Verkehrssituation und fragt, wie man das Problem des angesprochenen Nadelöhrs lösen will. "Ich fahre hier täglich durch mit einem Traktor und einem Kipper. Jede Durchfahrt ist unvernünftig. Ich bin anderer Meinung, wenn man sagt, 20 - 30 Transporter pro Tag möge es noch gut ertragen. Im übrigen geht es nicht um die Grossanlässe. Bei solchen kann die Verkehrspolizei die Situation überwachen und steuern, dann geht das in Ordnung. Der tägliche Mehrverkehr schafft die Probleme."

Josef Eugster (SVP)

Votum

"Ich bin schon etwas erstaunt über das Votum von Ruedi Widtmann. Vor noch nicht allzu langer Zeit haben wir in diesem Rat über das Baurecht des Vereins "Atelier 61" an der Hohlenbaumstr. 61 beraten. Ich habe damals auf die Situation hinsichtlich der Verkehrssicherheit hingewiesen. Dies war für die Mitglieder aus der Ratsmitte überhaupt kein Problem, obwohl da viele Kinder ein- und ausgehen. Es wurde argumentiert, dass man das Nadelöhr so belassen müsse, weil man dann als AutofahrerIn, der oder die diese Stelle passiere, speziell vorsichtig sei. Heute soll es nun plötzlich ein Riesenproblem sein."

Damit hat sich die Eintretensdebatte erschöpft.

Alfred Zollinger (SVP) stellt den Antrag, die Abstimmung über das EINTRETEN unter Namensaufruf durchzuführen.

Das hierfür notwendige Quorum von 10 Stimmen wird erreicht.

ABSTIMMUNG unter Namensaufruf

Der Rat beschliesst mit **25 : 14 Stimmen bei 7 Enthaltungen EINTRETEN** auf die Vorlage.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 7 der Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Pro memoria sei festgehalten, dass der Kommissionspräsident A. Bächtold an der Sitzung vom 12. September 2000 darauf hingewiesen hat, dass die SPK die Formulierung auf Seite 6 der Vorlage - **Art. 54 a** 5 auf Antrag von Bernhard Egli (OeBS) wie folgt geändert hat:

Die vertraglich festgelegten NutzerInnen der Reitsportzone Griesbach tragen die Kosten für die ausreichende Erschliessung.

Im weiteren entfällt der letzte Abschnitt auf Seite 7 der Vorlage bezüglich der Übernahme der Volksabstimmungskosten.

ANTRÄGE

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die bereinigten Anträge der SPK.

1. Der Grosse Stadtrat erklärt sich mit folgenden Änderungen der Nutzungsordnung einverstanden:

a) Ergänzung der Bauordnung der Stadt Schaffhausen vom 29. Oktober 1996

Art. 32

Zonenarten

1. Das Gebiet der Stadt Schaffhausen wird durch den Zonenplan wie folgt eingeteilt:

.....
m) W	Wald
n) RSG	Reitsportzone Griesbach

Art. 54 a (neu)

Reitsportzone Griesbach

- 1 Die Reitsportzone Griesbach ist bestimmt für die erforderlichen Bauten und Anlagen im Interesse des Reitsportes und umfasst das Areal der bestehenden Reitsportanlage auf dem Griesbach.**
- 2 Als Anlage im Interesse des Reitsportes gilt ein Reitstadion als Wiesen- oder Sandplatz mit den erforderlichen Nebeneinrichtungen wie Tribünen, chaussierte Parkplätze und dergleichen.**
- 3 Zur Erstellung einer Reithalle samt An- und Nebenbauten wird innerhalb der Reitsportzone Griesbach ein nördlich an das Reitstadion angrenzender Baubereich von 66.40 x 37.80 m ausgedehnt. Die Traufhöhe ist begrenzt bei**

8.35 m, die Firsthöhe bei 12.87 m und die Oblichthöhe bei 14.50 m, gemessen ab Hallenboden. Die Reithalle hat sich gut in das Landschaftsbild einzuordnen.

4 Grossveranstaltungen ausserhalb des Reitsportes richten sich nach einem Nutzungskonzept, das vom Stadtrat genehmigt werden muss.

5 Die vertraglich festgelegten NutzerInnen der Reitsportzone Griesbach tragen die Kosten für die ausreichende Erschliessung.

GrSR B. Egli liefert eine kurze Begründung, weshalb das Wort Benutzer durch *vertraglich festgelegte NutzerInnen* ersetzt wurde. Man bezeichnet damit explizit die fest eingemieteten NutzerInnen.

b) Ergänzung des Zonenplans vom 1. Juni 1982:

Der Zonenplan der Stadt Schaffhausen vom 1. Juni 1982 wird wie folgt ergänzt (vgl. Planbeilage):

Umzonung einer Teilfläche von ca. 22'800 m² von GB Nr. 3963 Griesbach von der Landwirtschaftszone in die 'Reitsportzone Griesbach'.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Der Beschluss unter Ziff. 1 wird der Einwohnergemeinde zur Abstimmung unterbreitet.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt den Anträgen des Stadtrates bzw. der Spezialkommission mit **22 : 14 Stimmen** zu.

Peter Möller (GB) Persönliche Erklärung

"Ich möchte eine Bitte im Rahmen einer persönlichen Erklärung an den Stadtrat richten. Ich möchte ihn bitten, bei der Abfassung der Vorlage an die Schaffhauser Einwohnergemeinde die Argumente der GegnerInnen dieser Neu-Einzonung bzw. der Schaffung dieser Reitsportzone Griesbach nicht ganz zu vergessen - dies nicht zuletzt auch angesichts des Stimmenverhältnisses in diesem Rat."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 INTERPELLATION von Peter Möller (GB) vom 13. Juni 2000 - Wahrheitsgehalt von Interpellationsbeantwortungen

Peter Möller (GB)

Begründung *

"Vertrauen ist gut; Kontrolle ist besser. Dieser Leitsatz wird Wladimir Iljitsch Uljanow 1870-1924, dem Gründer und ersten Regierungschef der einstigen Sowjetunion, besser bekannt auch als Lenin zugeschrieben. Leider scheint dieser Spruch auch nach vielen Jahren im Verhältnis Stadtrat - Grosser Stadtrat seine Berechtigung zu haben, wie die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen. Nun gut könnten wir sagen, für etwas sind wir schliesslich auch als VertreterInnen der Einwohnerschaft gewählt worden. Was aber ist davon zu halten, wenn das Parlament seiner Kontrollfunktion nachkommen will, Fragen stellt, Kleine Anfragen und Interpellationen startet und dabei nicht die ganze Wahrheit herauskommt? Oder davon, wenn Vorlagen des Stadtrates durch ihre Formulierung zu falschen Schlussfolgerungen führen müssen?"

Ich möchte hier nur einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit erwähnen: Anlässlich der Behandlung der hinreichend bekannten Vorlage *Anpassung der Entschädigungen für Schulpräsidium und die Mitglieder des Stadtschulrates* hat meine Fraktionskollegin Marlise Stöckli die Frage gestellt, ob zu den in der Vorlage vorgesehenen Entschädigungen noch Sozialkosten für die Stadt hinzukommen. Die gleiche Frage hatte sie bereits in der SPK gestellt, konnte aber anscheinend die dort erhaltene Auskunft kaum glauben. Der zuständige Stadtrat antwortete ihr (Zitat Grossstadtratsprotokoll S. 163): "Dem ist nicht so, das habe ich Ihnen schon gesagt. Das ist ein Honorar, das ist eine Pauschalabgeltung. Es steht allenfalls einzelnen Mitgliedern vermutlich offen, dies in der PK versichern zu lassen." Im Ratsprotokoll findet sich dann nach dieser Aussage eine redaktionelle Anmerkung: *"Die Entschädigungen an die Mitglieder des Stadtschulrates sind AHV-pflichtig, d.h. die Stadt hat den Arbeitgeberanteil zu entrichten. Je nach Situation sind einzelne Schulratsmitglieder ev. auch dem BVG unterstellt."* Fazit: Falschauskunft.

In der schriftlichen Antwort des Stadtrates auf die Interpellation *ex SPK Bauabrechnung Schulhaus Zündelgut; Stand der Erledigungen* fand sich im Zusammenhang mit städtischen Angestellten der Passus "Entsprechende disziplinarische Massnahmen gemäss Personalgesetz wurden ergriffen und auch akzeptiert." In der Diskussion stellte sich dann erst auf eher hartnäckiges Nachfragen heraus, dass eben keine Massnahmen gemäss Personalgesetz ergriffen worden waren, sondern eine Vereinbarung auf freiwilliger Basis mit den Betroffenen getroffen worden war. Der Stadtrat hat in diesem Passus eine missglückte Formulierung gesehen. Mein Fazit: Fehlinformation.

In der Vorlage *"Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle vom 14. März 2000* findet sich im Zusammenhang mit der Erschliessungsfrage der Passus: "Die Stadt entledigt sich formell einer allfälligen Erschliessungspflicht nach RPG, wie sie für Bauzonen im allgemeinen anzunehmen ist." Es wird also der Eindruck erweckt, dass die Stadt keine Beiträge an die Erschliessung dieser Zone zu leisten hat. Wie sich in der Spezialkommission aber dann herausstellte, gibt es seit dem 20. Januar 1998 einen Stadtratsbeschluss, welcher einen Beitrag an die Kosten der Erschliessung in Höhe von Fr. 50'000.-- spricht.

Für eine vollständige Information des Grossen Stadtrates im Zusammenhang mit der Erschliessungsfrage hätte dieser Stadtratsbeschluss mit dem gesprochenen Betrag in der Vorlage erwähnt werden müssen. Fazit: unvollständige Information

Ich bin mir bewusst, dies war nun ein kleiner Rundumschlag, aber im kompakten Rückblick kommt man sich als Parlamentsmitglied doch ein wenig komisch vor. Werden wir denn vom Stadtrat nicht ernst genommen oder was fast noch schlimmer wäre, ganz einfach für dumm gehalten?

Was nun aber den eigentlichen Anlass der Interpellation betrifft, so kann ich mich kurz fassen, das Wesentliche der Begründung ist im Interpellationstext enthalten. Am 8. Juni 1999 hat der Grosse Stadtrat auf die Frage, ob es Sportvereine gebe, die derzeit Schulden bei der Stadt Schaffhausen hätten, die Antwort erhalten, dass keine Ausstände vorhanden seien. Anlässlich der Behandlung der Rechnung 1999 durch die GPK wurde dieser dann mitgeteilt, dass mit einem Sportverein eine Abzahlungsvereinbarung für Beiträge von 1998 und 1999 getroffen worden sei und er nunmehr im Jahr 2000 daran sei, diese Beträge ratenweise abzuführen - was in der Zwischenzeit wohl nun erledigt ist, sofern der der GPK bekannt gegebene Abzahlungsmodus eingehalten wurde.

Damit waren aber zum Zeitpunkt der Interpellationsbeantwortung die gemäss Vereinbarungen vom 24. Juli 1995 und vom 23. November 1998 zwischen der Stadt und dem Sportverein festgelegten Beiträge offen. Nun interessiert es mich - und wahrscheinlich auch einige andere Mitglieder des GrSR natürlich, wie es zu dieser objektiv nicht richtigen Auskunft gekommen ist."

Stadtrat Werner Widmer Antwort des Stadtrates *

"Eine Bemerkung voraus: Ich bin jetzt bald 20 Jahre in diesem Rat. Es kann überhaupt nicht die Rede sein, dass der Stadtrat bewusst Fehlinformationen gibt, Unwahrheiten verbreitet oder Tatsachen irgendwie falsch darstellt. Ich komme auf die konkreten Fragen zurück. Was Sie jetzt noch ausserhalb Ihres Interpellationsanliegens nachgeliefert haben zum Thema Griesbach kann ich nicht Stellung nehmen, auch nicht zu den Disziplinarmassnahmen Zündelgut Ja oder Nein. Ich könnte aber noch ganz kurz etwas sagen bezüglich dieser Honorare des Stadtschulrates. Das habe ich richtig gesagt, es sind Honorare. Die einzelnen Schulratsmitglieder können das PK-mässig versichern lassen; das machen aber nicht alle. Das werden wir in der nächsten Vorlage sicher berücksichtigen müssen, dann wird das drin enthalten sein. Es ist immerhin auch vom Rechtsdienst überprüft; also kann man nicht sagen, dass man da bewusst nicht mit der Wahrheit umgegangen sei.

Nun aber zum eigentlichen Anlass:

In seiner Interpellation vom 23. Februar 1999 "Schulden von Sportvereinen" hat der Sprechende zur Frage 1 "Gibt es Sportvereine, welche derzeit bei der Stadt Schaffhausen Schulden haben?" die Aussage gemacht, "gemäss Auskunft der Zentralverwaltung sind keine Ausstände vorhanden." Und zur Frage 2 der Interpellation: "Es wurden alle in Rechnung gestellten Leistungen beglichen."

Diese beiden Aussagen werden in der neuesten Interpellation von Ratskollege Peter Möller vom 13. Juni 2000 als Falschinformationen", "falsch oder unwahr" dargestellt.

Diese happigen Vorwürfe werden sowohl von der Zentralverwaltung wie vom Stadtrat vehement zurückgewiesen.

Weshalb? Welches sind die Fakten?

Der Sachverhalt wurde der GPK am 31. Mai 2000 im Beisein des Interpellanten, der Finanzreferentin und der Buchhaltungschefin dargestellt. (GPK-Protokoll, S 67). Die Beantwortung der von der GPK gestellten Fragen zur Verrechnung des Anteils des FCS an die Platzwartkosten 1997-1999 erfolgte umfassend und absolut korrekt. Die GPK stellte keinerlei Fragen, geschweige denn formulierte sie Einwände.

Am 8. Juni 1999 - zum Zeitpunkt der Interpellationsbeantwortung - war die Aussage der Zentralverwaltung, es seien "keine Ausstände vorhanden" und "alle in Rechnung gestellten Rechnungen beglichen" korrekt.

In ihren Stellungnahmen vom 15. Juni 2000 respektive 17. Juli 2000 distanzieren sich deshalb sowohl die Buchhaltungschefin wie der Zentralverwalter vom Vorwurf der "Falschinformation" an ihre Adresse respektive an jene des Stadtrates.

Ich kann hier nur wiederholen, was ich am 31. Mai 2000 der GPK dargelegt habe und damit dem Interpellanten bekannt sein muss.

Am 1. Januar 1999 trat - nach langwierigen Verhandlungen - eine neue Vereinbarung zwischen der Stadt und dem FCS bezüglich Kosten für den Hauswart- und Platzwartdienst im Stadion Breite in Kraft. Bis zum Inkrafttreten dieser neuen Vereinbarung wurden die Rechnungen für die Jahre 1998 und 1999 **nicht** gestellt, so dass auch nicht von "Schulden" eines Vertragspartners gesprochen werden kann. Wenn keine Forderung gestellt ist, weil man nicht weiss, wie hoch sie bemessen ist, kann auch nicht von einem säumigen Schuldner die Rede sein.

Zum Zeitpunkt der Interpellationsbeantwortung vom 8. Juni 1999 waren diese Rechnungen - leider - immer noch nicht gestellt. Die Rechnungsstellung - auch das haben wir Ihnen in der GPK gesagt - erfolgte erst im ersten Quartal dieses Jahres. Mit Schreiben vom 4. August 2000 meldet die Buchhaltungschefin, dass die im März 2000 gestellten Rechnungen für die Jahre 1998 und 1999 vollumfänglich bezahlt sind.

Leider trat dann nach dem Ausscheiden des zuständigen Beamten eine zusätzliche Ueberraschung auf. Die Rechnung für das Jahr 1997 wurde nicht gestellt und lag bei den Pendenzen des damaligen Schulamtleiters. Zwischenzeitlich wurde diese Situation mit den FCS-Verantwortlichen besprochen. Ich habe persönlich zwei Gespräche geführt. Die Rechnung ist gestellt, wird aber in Teilbereichen bestritten, was zu einer neuen Gesprächsrunde führt. Offenbar sind da noch irgend welche nicht belegte aber mündliche Zusicherungen, die jetzt angeführt werden. Aber noch im Laufe des Monats September werden wir diese Rechnung 1997 beziffern und sie auch stellen können. Jedenfalls hat der FCS die notwendigen Rückstellungen getätigt und die bereinigte Rechnung wird unter Einhaltung der üblichen Zahlungsfrist beglichen. Für das Versäumnis der zeitgerechten Rechnungsstellung haben wir uns bei der FCS-Geschäftsleitung entschuldigt.

Was steht jetzt noch aus?

Die Rechnung für den Hauswart- und Platzdienst für das Jahr 2000 ist gestellt, unbestritten und wird in zwei Tranchen durch den FCS beglichen. (2 x Fr. 8'500.--; Zahlungsfristen: Ende August und Ende Dezember 2000). Ich habe durch das Sekretariat noch abklären lassen und erfahren, dass diese Tranche August noch nicht eingetroffen ist. Die Zentralverwaltung wird dafür schauen, dass dieses Geld herein kommt.

Ausstehend ist auch noch der **Mietzins** für die Nutzung des Stadions Breite, für das zweite Halbjahr 2000. Auch in diesem Fall braucht es eine Verhandlungsrunde, weil in der Vereinbarung zwischen der Stadt (Baureferat) und dem FCS über die Benützung von Sportplätzen im Punkt 23 (Kündigung) im letzten Satz bezüglich Kündigungsfrist festgehalten ist, dass "im Falle eines Ligawechsels die vorzeitige Vertragsauflösung vorbehalten" bleibe. Da ist ein Interpretations-Spielraum, ob das jetzt heisst, dass dieser Vertrag jetzt aufgelöst ist oder nicht. Da wird auch der Rechtsberater zusammen mit einem Mitarbeiter des Schulreferates dieser Sache nachgehen. Aber Verhandlungspartner in diesem Falle ist das Baureferat.

Schliesslich informiere ich Sie auch über die fristgerechte Kündigung der Vereinbarung vom 28.11.1998 (Hauswart- und Platzwartdienst per 31. Dezember 2000). Der FCS schreibt, dass er aufgrund des Abstieges in die 1. Liga nicht mehr in der Lage sei, diese Vertragsbedingungen zu erfüllen. Es müssen daher neue Konditionen ausgehandelt werden. Zuständig ist auch hier das Baureferat, welches diese Verhandlungen führt.

Weitere Beiträge von Sportvereinen sind gemäss Schreiben der Zentralverwaltung vom 4.8.2000 für das Rechnungsjahr 2000 nicht mehr offen.

Es darf sich bei den bedauerlichen verwaltungstechnischen Versäumnissen (verspätete Rechnungsstellungen) - da sind wir uns mit dem Interpellanten einig - wirklich nur um einen Einzelfall handeln und wir entschuldigen uns auch dafür.

Auf der anderen Seite erwarten wir vom Stadtrat auch vom Interpellanten, dass er nun aufgrund des dargestellten Sachverhaltes seine Zeichnung bezüglich "falscher" und "unwahrer" Informationen zurücknimmt."

Thomas Hauser (FDP) beantragt Diskussion.

Der Rat folgt diesem Antrag stillschweigend.

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Ich habe Verständnis für die Bedenken und Vorwürfe von GrSR Peter Möller. Ich möchte keine Schuldzuweisungen vornehmen. Wenn man hier im Rat mehrmals nachfragt, ob irgend ein Sportverein Schulden habe und man die Antwort bekommt: Nein, niemand hat Schulden, man bohrt in der GPK nach und bekommt die gleiche Antwort und erfährt halt dann doch in der GPK, dass man beim Aufräumen des Pultes eines Mitarbeiters eine Rechnung aus dem Jahr 1997 gefunden habe, dann finde ich das "dicke Post". Da verliere ich das Vertrauen in die Verwaltung. Da muss doch jemand kontrollieren und sagen, 1997 wurde die Rechnung nicht gestellt - sie wurde nicht bezahlt.

Einfach zu sagen, es gibt keine Schulden, weil keine Rechnung gestellt wurde, geht doch nicht. Wenn man sich da nicht auf die Finanzkontrolle oder auf die Zentralverwaltung der Stadt verlassen kann, dann "gute Nacht, Frau Sandmeier!"

Erwin Sutter (EDU)

Votum

"Ich möchte auf einen Punkt zurück kommen, den ich nicht verstehe. Es geht hier nicht um die Rechnung 97, das ist einigermaßen geklärt, sondern es geht um die Rechnungen 1998 und 1999. Die Rechnungen 1998 und 1999 sind offenbar gestellt worden. Ich gehe davon aus, dass sie im richtigen Jahr gestellt wurden. Aber 1999 heisst es, es gibt keine Schulden. Am 13. März 2000 merkt man, dass man nachfragen muss. Was ist denn mit der Rechnung 1998? Die müsste doch als nicht bezahlte Rechnung registriert gewesen sein. Können Sie mir das erklären?"

Stadtrat Werner Widmer

"Ich habe es in meiner Antwort hier und auch schon in der GPK gesagt: Das ist ja das Versäumnis, dass zwar diese neue Vereinbarung am 1. Januar 1999 in Kraft getreten ist, aber die Rechnungen für 1998 und 1999 erst im März 2000 gestellt wurden. Dort wurden dann diese Konditionen für die Zahlungen fixiert, zwei Tage vor dem Ausscheiden dieses zuständigen Beamten. Das ist in der Zwischenzeit beglichen. Zum Zeitpunkt der Interpellationsbeantwortung waren keine Rechnungen gestellt, also konnte auch die Zentralverwaltung nicht von einer Schuld sprechen. Das ist die Situation. Man kann nur für Leistungen, die in Rechnung gestellt und die dann nicht bezahlt werden, von einer Schuld sprechen. Vielleicht war dies ein Kommunikationsfehler vom zuständigen Amt an die Zentralverwaltung; das ist möglich. Aber wir haben Ihnen gesagt, das sei sicher ein Einzelfall. Das wird sich sicher so nicht mehr wiederholen. Von der "97er-Geschichte" wussten wir überhaupt nichts. Das ist der Zentralverwaltung dann aufgefallen, dass da irgend etwas nicht stimmt. Der Interimsleiter im Schulamt hat dann nachgeschaut und diese Originalrechnung, die leider wie offen dargestellt nicht verschickt wurde, mir auf den Tisch gelegt, und ich habe diese persönlich übergeben. Das sind die Fakten."

Stadträtin Veronika Heller

"Wenn die Vertrauenswürdigkeit der Finanzkontrolle angesprochen und in Zweifel gezogen wird, dann stehe ich natürlich auch auf und verlange das Wort. Wir haben uns gestern fünf Stunden Zeit genommen, um den Mitgliedern des Parlamentes Zeit zu geben, sich im Hinblick auf die wirkungsorientierte Verwaltungsführung WOV Gedanken zu machen. Es sind viele von Ihnen gekommen; das ist nicht selbstverständlich während der Arbeitszeit, da die meisten von Ihnen erwerbstätig sind. Das was wir hier nun diskutieren, ist nicht unbedingt das, was ein Parlament des langen und des breiten diskutieren soll. Das hätte man in der GPK erledigen können. Dass der Eindruck entstanden ist, die Auskunft sei falsch gewesen, Peter Möller, dafür habe ich auch Verständnis; das hätte man in der GPK aber bereinigen können. Wir sehen hier ganz klar, dass uns etwas fehlt, nämlich das Controlling. Das hat nicht funktioniert, aber was wir nicht haben, kann ja nicht funktionieren. Die Rechnungstellung wurde absichtlich suspendiert, weil man mit dem FCS Verhandlungen über ein Geschäft führte, das Sie auch immer noch pendent haben, nämlich das Baurecht. Weder die Finanzkontrolle noch die Zentralverwaltung kann etwas kontrollieren, das nicht in Rechnung gestellt worden ist. Aber das Controlling hätte gemerkt, dass da die Verhandlungen eigentlich abgeschlossen waren, die Vorlage ins Parlament gegangen ist - da sind wir zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurück gekommen - und hätte nachgehakt und gefragt, was mit den Rechnungen sei,

die man sistiert hat. Aber einstweilen haben wir kein Controlling; wir werden es ab 1. November 2000 haben. Darüber habe ich gestern informiert. Es ist uns gelungen, eine sehr gute Fachkraft zu engagieren die sowohl Erfahrungen aus der Privatwirtschaft wie auch aus der öffentlichen Verwaltung mitbringt. Vom Herbst an werden wir diese Funktion auch wahrnehmen können. Jetzt ist halt einmal ein Fehler passiert. Wenn jedesmal ein Riesentheater veranstaltet wird, wenn ein Fehler passiert, dann wird es wirklich schlimm."

Peter Möller (GB)

Votum

"Ich muss der Finanzreferentin natürlich widersprechen. Es ist hier genau der richtige Ort, um über dies zu sprechen. Es geht nicht um irgend einen Fehler, der in der Verwaltung passiert. Wenn wir hier wirklich über jeden Fehler sprechen wollten, dann hätten wir wahrscheinlich viel zu tun, obschon die grosse Mehrheit der Verwaltung sehr gute und ausgezeichnete Arbeit leistet. Das anerkenne ich voll. Aber wir sind hier am richtigen Ort, weil ein parlamentarischer Vorstoss Auslöser dieser Diskussion ist.

Ich bedanke mich für die Antwort des Stadtrates. Es hat Mühe gebraucht, um alles heraus zu finden. Aber in der GPK wurde nicht gesagt, dass die Rechnungen für die Jahre 1998 und 1999 im Jahr 2000 gestellt worden sind, sondern es wurde gesagt, diese sind gestellt, wobei ich selbstverständlich davon ausgegangen bin, dass sie im entsprechenden Rechnungsjahr gestellt wurden.

Nun gibt es aber in diesem Zusammenhang zwei Vereinbarungen zwischen der Stadt und dem Fussballclub aus den Jahren 1995 und 1998. Diese Vereinbarungen waren gültig, die eine ist jetzt gekündigt worden. Es ist ganz klar, dass die Schuld an sich entstanden ist - wenn wir schon spitzfindig werden; sie wurde nicht fällig gestellt. Aber die Schuld bestand aufgrund der Vereinbarung. Dass die Zentralverwaltung davon nichts gewusst hat, das ist möglich. Ich habe da noch nachgeschaut. Da haben wir in der GPK bei einer Rechnungsabnahme auch einmal geschludert. Es waren nämlich damals Fr. 24'000.-- budgetiert, Einnahmen gleich Null. Das ging uns durch die Lappen, da hätten wir damals schon nachfragen können. Vielleicht wären wir dann der Sache auf die Spur gekommen.

Aus meiner Sicht bestand die Schuld zwar, sie war nicht fällig. Aber es war aufgrund der Vereinbarungen niemand im Zweifel, wieviel dieser Sportverein pro Jahr für diese Leistungen zu bezahlen hat. In der Regel sind die Jahrespauschalen spätestens per Ende Jahr fällig."

Esther Bänziger (SP)

Votum

"Wenn die GPK angesprochen wird, muss ich aufstehen. Ich bin dieses Jahr noch verantwortlich. Ich muss schon sagen, es gibt ein gewisses Unbehagen. Ich habe dies hier auch schon bei meinen Ausführungen zur Rechnung oder zum Voranschlag angemerkt. Ich habe manchmal auch das Gefühl, Vertrauen ist zwar gut, aber Kontrolle ist besser. Es ist oft schwierig für uns, die Verantwortung als GPK wirklich voll wahrzunehmen, weil es manchmal nicht einfach ist, nachzuvollziehen, ob immer alles stimmt. Ich weiss nicht, woran es liegt. Aber ich habe den Eindruck hin und wieder. Wenn ich nicht selber über gewisse Dinge schon sehr gut Bescheid weiss, bin ich nicht ganz sicher, ob ich immer genau das zu hören bekomme, was es eigentlich zu sagen gäbe.

Die GPK hat schon lange vor der Zeit, als Veronika Heller Stadträtin wurde, moniert, dass die Finanzkontrolle ausgebaut werden müsse. Ich bin froh, dass nun endlich diese Controlling-Stelle geschaffen und besetzt wird. Ich hoffe, dass diese eine Verbesserung bringt.

Es ist klar, wo gearbeitet wird, werden auch Fehler gemacht. Das machen wir auch. Ich wäre die letzte, die behaupten würde, ich wäre korrekt. Das bin ich überhaupt nicht, ich bin auch nicht immer ganz sachlich. Ich kenne meine Stärken und Schwächen. Aber manchmal bin ich nicht ganz sicher, ob wir immer ganz korrekt informiert werden."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Peter Möller hat etwas angesprochen, was mich auf den Plan gerufen hat. Ich denke, wir können in diesem Stil weiterfahren und uns gegenseitig über operative Details, wo Fehler passiert sind, vorwerfen, dass sie passiert sind oder dass wir nicht vollständig darüber informiert oder nicht vollständig darüber Bescheid gewusst hätten. Das können wir tun. Dann kann ich als Kantonsrat einmal eine Interpellation machen und mich erkundigen, welche Urteile der Strafkammer, wo Peter Möller mitgewirkt hat, am Schluss beim Bundesgericht anders heraus gekommen und am Obergericht gekippt worden sind und fragen, ob da auch Fehler dahinter stecken. Das hat doch keinen Sinn. Wir müssen versuchen, auf einander zuzugehen und in Zukunft das Controlling der Stadt verstärken. Das hat die Finanzreferentin gesagt. Ich begreife die GPK-Präsidentin. Ihr Votum war eigentlich das Votum für Fachkommissionen, dass, wenn dieses Misstrauen schon vorhanden ist, man dieses abbauen kann durch eine vertiefte Betrachtungsweise bei den einzelnen Referaten. Die Verwaltungsreform lässt grüssen."

Peter Kämpfer (SP) Votum

"Ich bin froh, dass die Diskussion wieder zur Sache zurück gekommen ist. Die Interpellation von Peter Möller hat den Titel "Wahrheitsgehalt von Interpellationsbeantwortungen". Statt dessen haben wir uns über Details von Leuten unterhalten, die nicht mehr bei der Stadt angestellt sind. Es ist richtig, wenn wir hier über die künftige parlamentarische Arbeit reden. Ich bin froh, von Frau Stadträtin Heller gehört zu haben, dass das Problem mit dem Controlling endlich behoben wird. Da wird es in Zukunft eine Verbesserung geben. An den Stadtrat richte ich die Bitte, künftig Änderungen von Sachverhalten, welche zum Zeitpunkt einer Information im Parlament nicht bekannt waren, diesem in geeigneter Form nachzuschieben, damit solche Debatten nicht geführt werden müssen."

Peter Möller (GB) Schlusswort des Interpellanten

"Für die Antwort des Stadtrates habe ich mich bereits bedankt. Ich erkläre mich befriedigt. Ich gehe davon aus, dass es ein bedauerlicher Einzelfall, ein Versehen war. Damit ist die Sache für mich erledigt."

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle schliesst die Ratspräsidentin die Sitzung.

Der Ratssekretär:
René Gisler

Nächste Ratssitzung: Di 26. Sep. 2000